Zwang oder Freiheit?

Eine wirtschaftliche Betrachtung

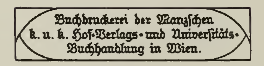
von

Julius Meinl



Wien 1918

Manzsche k. u. k. Hof-, Verlags- und Universitäts-Buchhandlung


Buchdruckerei der Manzschen
k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-
Buchhandlung in Wien.

Als seinerzeit die englische Blockadepolitik angekündigt wurde, erschien sie wohl allen jenen, welche mit den Produktions- und Konsumziffern der Mittelmächte vertraut waren, als eine große Gefahr für diese. Man hatte eben damals den Friedenskonsum im Auge, demgegenüber die Friedensproduktion, namentlich diejenige von landwirtschaftlichen Gütern, in Deutschland und in Österreich nicht genügend groß war. Der Krieg hat aber gezeigt, daß unsere Bevölkerung auch von einem kleinen Teil dessen, was sie im Frieden konsumierte, ganz gut leben kann. Hätten wir nur die Friedensproduktion auf ihrer seinerzeitigen Höhe erhalten und dabei den Konsum etwas eingeschränkt, so wäre an allen notwendigen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln *nicht nur genug, sondern im Überflusse vorhanden.* Statt dessen ist aber die Produktion an notwendigen Bedarfsartikeln, namentlich die landwirtschaftliche, zurückgegangen. Doch selbst bei verminderter landwirtschaftlicher Produktion müßte bei dem heutigen beschränkten Konsum in Österreich allein noch immer ein Überschuß vorhanden sein, abgesehen von Ungarn, das in Friedenszeiten bei einem ungeheuren eigenen Konsum noch eine Menge landwirtschaftlicher Produkte, namentlich Brotgetreide, nach Österreich exportierte. Aber auch Ungarn ist heute in Not.

Untersuchen wir diese Dinge genauer, so sehen wir, daß die Not nicht auf den Rückgang der Produktion allein zurückzuführen ist; diese ist nicht so gesunken, um nicht den rationierten, bedeutend verminderten Konsum befriedigen zu können, sondern die Bevölkerung, die ihr Brotgetreide und ihre sonstigen Nahrungsmittel nicht selbst produzieren kann, erhält das, was sie zum Leben braucht, deswegen nicht, weil man die hiefür notwendigen Produkte, trotzdem sie vorhanden sind, nicht erfassen kann. Immer mehr drängt sich die Überzeugung auf, daß an der Not, an der verringerten Produktion, an dem Verschwinden der vorhandenen produzierten Waren das System schuld ist, dem unser ganzes wirt-



schaftliches Leben während des Krieges unterworfen wurde und das wir mit dem Namen „Zwangswirtschaft" bezeichnen wollen.

Zwischen den Anhängern der freien Wirtschaft und denjenigen, die glauben, daß man ohne Zwangswirtschaft im Kriege nicht hätte auskommen können, besteht scheinbar in einem Punkte eine Meinungsübereinstimmung. Beide Teile sind überzeugt, daß man mit der bisherigen Preispolitik, welche darin bestand, die Preise künstlich weit unter dem wirtschaftlich gerechtfertigten Preis zu halten, nicht weiterkommen könne.

Bezüglich der Mittel, die ergriffen werden müssen, um die jetzige Not zu beheben, gehen aber die Meinungen auseinander. Die Anhänger der Zwangswirtschaft verlangen: noch weitere straffere Organisation — schärfere Erfassung der Vorräte — Mobilisierung der Arbeitskräfte zum raschen Bau von landwirtschaftlichen Maschinen und den Verhältnissen entsprechende behördlich dekretierte höhere Preise für alle notwendigen Bedarfsartikel — um wieder der Produktion den nötigen Anreiz zu geben.

Überlegen wir nun einmal, welche Folgen diese Vorschläge, in die Praxis umgesetzt, für unser wirtschaftliches Leben, für unsere Produktion, für die Versorgung der Bevölkerung haben würden und ferner, ob sich dieselben überhaupt durchführen lassen.

Straffere Organisation.

Seit vier Jahren wird ständig straffer organisiert. Eine Folge dieser strafferen Organisation ist die ins Uferlose gehende Erhöhung des Beamtenstandes. Der Beamtenkörper, der für die heutige Organisation notwendig ist, kostet schon ungeheures Geld und verteuert die Waren, ohne daß die Produzenten von dem teuren Preis etwas profitieren würden. — Diese vielen Beamten kosten aber nicht nur Geld, sondern ihre Arbeitskraft, die jetzt aufgewendet wird, ist unproduktiv, unter Umständen sogar produktionsstörend. Außerdem wird ihre Arbeitskraft der eigentlichen Produktion entzogen, was den größten volkswirtschaftlichen Verlust bedeutet. Die Beamten, zivile und militärische, die heute in den Ämtern sitzen, auf den Bahnhöfen und Stationen das Publikum untersuchen, auf dem Lande bei den Bauern in den Strohsäcken und Düngergruben nach versteckten Vorräten spüren, würden dem Staat viel mehr nützen, wenn sie irgendwelche Güter, welche die Bevölkerung braucht, erzeugen oder

bei der Verteilung derselben in vernünftiger wirtschaftlicher Weise mitwirken würden. Diese Beamten befinden sich in ziemlicher Unkenntnis derjenigen wirtschaftlichen Vorgänge, die sie kontrollieren sollen. Ihre Tätigkeit besteht zum großen Teil darin, daß sie die Forderungen einer volkswirtschaftlich unverständigen, durch die Tagespresse irregeleiteten Menge erfüllen.[1])

Man weise nicht auf Deutschland-Preußen hin; dort hatte man im Frieden das denkbar beste Beamtenmaterial, dabei eine ausgezeichnet disziplinierte, an Ordnung gewöhnte Bevölkerung, und doch hat dort die straffe Organisation ebenso versagt wie hier. Wenn auch in Preußen die Verhältnisse gesünder und besser als in Österreich sind, wie sie es ja auch im Frieden immer waren, so sind die heutigen Verhältnisse, verglichen mit den Friedensverhältnissen, genau so schlecht geworden, wie die österreichischen es gegenüber den Friedensverhältnissen geworden sind. Der Enderfolg der strafferen Organisation bedeutet in Preußen wie in Österreich jedesmal weiteres Verschwinden der Produkte.

Schärfere Erfassung.

Von dieser gilt Ähnliches wie von der strafferen Organisation: Mehr Beamte an allen Ecken und Enden, Schaffung von neuen Ämtern, ungeheure Belastung der Volkswirtschaft mit neuen Regien, Wegziehung weiterer wertvoller Arbeitskräfte von dem Gebiete der volkswirtschaftlich wichtigen Produktion, und endlich und schließlich, wie die Erfahrung lehrte, Verschwinden der Produkte.[2])

Mobilisierung der Arbeiter für die Landwirtschaft.

Es wird auf das Beispiel der Munitionsindustrie hingewiesen und gesagt, die Munitionsindustrie habe sich nicht lediglich des-

---

[1]) Es ist bedauerlich, daß die Sozialdemokratie bis heute noch nicht einsehen gelernt hat, daß die von ihr befürwortete und unterstützte Zwangswirtschaft mit dem demokratischen Prinzip gar nichts zu tun hat, sondern demselben widerstrebt. Die Ausschaltung der freien Wirtschaft, des durch vernünftige Gesetze geregelten freien Spieles der Kräfte läßt sich mit demokratischer Freiheit ebensowenig vereinigen wie die wahre Lehre Christi mit dem heutigen Weltkrieg.

Die Zwangswirtschaft ist eigentlich weiter nichts als die Übertragung der militärischen Gewaltidee auf wirtschaftliches Gebiet.

[2]) Wohin schärfere Erfassung und straffere Organisation führen, diesbezüglich siehe Anmerkung S. 40 aus Hippolyte Taine „Geschichte von der Entstehung des modernen Frankreich".

wegen so ungeheuer entwickelt, weil man auf diesem Gebiete die freie Wirtschaft bestehen ließ und weil man zu Kriegsbeginn die hohen Preise bezahlte, die gefordert wurden; die Munitionsindustrie verdanke vielmehr ihre ungeheure Entwicklung in erster Linie der Unterstützung der militärischen Behörden, welche für diese Zwecke die nötigen Enthebungen der Arbeiter bewilligten, während man der Landwirtschaft rücksichtslos ihre besten Kräfte wegnahm. — Diese Argumentation ist nicht ganz richtig. Man hat der Munitionsindustrie gegenüber merkwürdigerweise ebenfalls nicht die nötige Rücksicht bei den Enthebungen gezeigt. Jeder, der sich mit Munitionserzeugung beschäftigte oder mit dieser Industrie zu tun hatte, weiß, welche furchtbare Störungen zu Anfang des Krieges die beständigen Einrückungen der Arbeiter verursachten. — Die Arbeiter wurden aber der Munitionsindustrie nicht allein durch die militärischen Behörden zugeführt und erhalten, sondern in allererster Linie durch die hohen Löhne. Zu Beginn des Krieges und auch später strömten von allen Seiten die Arbeitskräfte (ein großer Teil davon noch gar nicht im wehrpflichtigen Alter) in die Munitionsfabriken, weil ihnen dort Aussicht auf hohe Löhne winkte, auf Löhne, welche die Landwirtschaft nicht zahlen konnte. Die hohen Löhne konnte die Munitionsindustrie, und nur diese Industrie, zahlen, weil die Preise ihrer Produkte nicht willkürlich durch irgend eine Behörde, sondern am freien Markt durch Angebot und Nachfrage und mit Rücksicht auf die tatsächlichen Gestehungskosten bestimmt wurden.

Andrerseits muß erklärt werden, daß den Bauern in den ersten zwei Jahren des Krieges nicht rücksichtslos alle Kräfte weggenommen wurden, sondern daß wohlbegründete Enthebungsgesuche berücksichtigt wurden; man kann sagen, daß die Landwirtschaft diesbezüglich nicht bedeutend schlechter gestellt war als die Munitionsindustrie. Die Landwirtschaft hätte aber eine derartige Behandlung wie diese gar nicht notwendig gehabt, denn sie besitzt ungeheure Reserven an Arbeitskräften. Die Kinder, die Weiber, eine Menge älterer Leute, die sich schon von der Arbeit zurückgezogen hatten, diese Reserven wären alle zur Verfügung gestanden, hätte man ihnen eine genügende Aussicht auf Entlohnung gegeben und ihre erhöhte Arbeit und Mühe auch entsprechend besser bezahlt. Statt dessen hat die Kaiserliche Verordnung vom 1. August

1914[3]) und die Art, wie diese von den Gerichten ausgelegt und gehandhabt wurde, ebenso wie sie den freien Handel mit einem Schlage ausschaltete, auch die ganze landwirtschaftliche Produktion oder zumindest die nötige Mehrproduktion unterbunden. Kein Bauer wagte es durch lange Zeit hindurch im Jahre 1914/15, irgend etwas, sei es Getreide, Vieh oder andere Produkte, zu verkaufen, weil er gewärtig sein mußte, mit den empfindlichsten Strafen belegt zu werden, falls der Bezirksrichter, bei dem ihn irgend jemand wegen Preistreiberei anzeigte, den betreffenden Preis für übermäßig ansah. Es wurden Leute bestraft, weil der Preis des Getreides, das sie verkauften, um 2 Heller höher war als derjenige Preis, den der Bezirksrichter auf Grund seiner Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse als den richtigen erklärte. — Die Bauern haben sich infolge des Schreckenssystems, das damals einsetzte, von jedem Verkauf zurückgezogen, was sie nicht selbst essen konnten, verfütterten sie. Nicht die Bauern waren deswegen zu tadeln, sondern jenes System, welches eine so unsinnige Wirkung hatte, daß es die Bauern zwang, ihr Getreide, anstatt den Menschen zur Verfügung zu stellen, an das Vieh zu verfüttern. Sie handelten vollkommen wirtschaftlich, indem sie ihre Produkte dorthin brachten, wo sie den höchsten Preis für dieselben erzielten.

Dr. Friedrich Bendixen, Hamburg, die bekannte Autorität auf volkswirtschaftlichem und finanziellem Gebiete, schreibt:

„Die Geschichte lehrt, daß in politisch erregten Zeiten, wenn das Rechtsgefühl und die öffentliche Moral in Verwirrung geraten, die Gerichte nicht selten das Unheil vermehrt haben, das Aberglauben und falsche Gesetze im Volke anrichteten. Die Richter sind eben auch Menschen, die den Irrtümern der Zeit ihren Tribut zollen; nur daß das ihnen in die Hand gegebene Schwert der Gerechtigkeit ihren Irrtum so verhängnisvoll macht. Damit soll gegen den Charakter der Richter, wie kaum betont zu werden

[3]) Die Kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914 bestimmt, daß wegen Übertretung, eventuell Vergehen mit strengem Arrest bis zu einem Jahre und in Geld bis zu 20.000 K bestraft wird, „wer in Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbar übermäßige Preise fordert", ferner „wer unentbehrliche Bedarfsgegenstände aufkauft oder deren Erzeugung oder Handel einschränkt, um ihren Preis auf eine übermäßige Höhe zu treiben".

braucht, kein Wort gesagt sein. Waren es doch auch Männer von reichstem Wissen und redlichstem Wollen, die vor zwei- und dreihundert Jahren jene unglücklichen Weiber ohne Zahl auf den Scheiterhaufen schickten, weil sie nach glaubwürdigen Zeugenaussagen sich hatten beikommen lassen, ihres Nachbarn Vieh zu verhexen oder in Waschkübeln oder auf Besenstielen durch die Lüfte zu fahren. Der Ursprung solcher Verirrungen der Justiz liegt eben nicht in juristischen Mängeln oder in Charakterfehlern einzelner Personen, sondern in Wahnideen, die als Massenpsychose auftreten und fast alle Zeitgenossen ergreifen."

Ferner:

„Vom Volke weiß man es, daß es die Ursache der Übel, unter denen es leidet, stets an der unrichtigen Stelle sucht. Treten Epidemien auf, so sind bei primitiven Völkern die beleidigten Gottheiten schuld, die sich so furchtbar rächen, im Mittelalter waren es die Juden, die die Brunnen vergifteten. Steigen die Preise, so ist das nicht die natürliche Folge der Knappheit, sondern Händlerwucher. Auch unsere Gebildeten unterliegen diesen populären Anschauungen."

Weiters:

„Von populären Vorurteilen den Geist freizuhalten, ist die Pflicht der Gebildeten und besonders der Führer des Volkes. Die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens sollte nicht damit beginnen, daß man die falschen Ansichten der blinden Menge zu Regierungsmaximen erhebt. Die Lehren der Volkswirtschaft können dem niederen Volke nicht vertraut sein. Es ist nur natürlich, daß es seine Lebensmittel reichlich und wohlfeil zu haben wünscht, ohne sich über die zukünftige Versorgung den Kopf zu zerbrechen. Die Regierung aber steht auf höherer Warte und muß die Bedürfnisse der Gesamtheit auch für die Zukunft ins Auge fassen. Eine Gesetzgebung, die dem unverständigen Willen der Masse nachgibt, kann nur Übles wirken, zumal in den Händen von Richtern, die ohne Verständnis des wirtschaftlichen Lebens und seiner Regeln den von der Staatsleitung eingeschlagenen Irrweg mit starrer Konsequenz bis an das letzte Ende glauben gehen zu müssen."

Was entsprechende Entlohnung der Arbeit für ungeheure Tätigkeit hervorrufen kann, das sehen wir an dem Entstehen der Schrebergärten in der Nähe der Großstädte. Die Leute, die diese Schreber-

gärten bebauen, sind in den meisten Fällen Fabriksarbeiter oder kleine Beamte, welche tagsüber angestrengt arbeiten müssen. Aber über diese Berufsarbeit hinaus spannen sie noch ihre Kräfte an, sie arbeiten zeitlich morgens, bevor ihre Berufstätigkeit beginnt, und abends nach Schluß derselben, sie geben ihre höchste Leistung her, weil sie eben wissen, daß die Früchte derselben ihnen selbst auch sicher zukommen werden.

Wie kann man unter den heutigen Verhältnissen voraussetzen, daß der Bauer sich zu Höchstleistungen aufschwingen und die letzten Reserven der Arbeitskräfte mobilisieren werde, um recht viel zu produzieren! Hat man doch das erste Jahr nach Kriegsausbruch die Bauern in der rücksichtslosesten Weise vors Gericht zitiert und bestraft, wenn sie, oft nach langem Zögern nur der wirtschaftlichen Notwendigkeit gehorchend, ihre Preise erhöhten.

Mobilisierung der Arbeiter für Bau landwirtschaftlicher Maschinen.

Wir sind heute in der ärgsten Not; die Not wird täglich größer, und wollen wir nicht zu Grunde gehen, so müssen wir einen raschen Weg aus dem jetzigen wirtschaftlichen System heraus finden. Wenn wir noch so viele landwirtschaftliche Maschinen bauen und verwenden, was sicherlich die landwirtschaftliche Produktion sehr steigern würde, so werden diese doch wohl erst in einem viel späteren Zeitpunkt benützt werden können, sie werden uns also nicht mehr viel helfen. Selbst wenn heute von Seite der militärischen Behörden die Genehmigung für die Freigabe von Arbeitern zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen gegeben werden möchte, wie lange wird es dauern, bis diese Leute tatsächlich freigegeben und in den betreffenden Betrieben untergebracht sind!

Dann: Was für Maschinen soll man bauen? Die Anwendbarkeit derjenigen landwirtschaftlichen Maschinen, die Massenleistungen hervorbringen oder möglich machen, ist eine beschränkte. Den Dampfpflug kann man nicht auf jedem Boden verwenden; in vielen Gegenden würde er mehr schaden als nützen. Mähmaschinen sind bereits in Verwendung, an solchen herrscht kein Mangel. Dort, wo sie noch nicht in Verwendung sind, lassen sie sich nicht so leicht einführen, entweder einmal, weil sie wegen der lokalen Bodenverhältnisse nichts Besonderes leisten können, oder aber weil die Bauern konservativ und Neueinführungen gegenüber mißtrauisch

sind; auch der Zwang würde da nichts helfen. Und bis endlich die Maschinen dort verwendet werden, wo man bisher nicht mit Maschinen arbeitete, da mag unsere Bevölkerung schon längst verhungert sein.[4])

Festsetzung höherer Preise.

Dies klingt schön, plausibel, und der Laie, derjenige, der unsere heutigen Zwangswirtschaftsverhältnisse nicht genau kennt, wird sich sagen, daß dieses Mittel unbedingt helfen muß, um die Produktion zu heben. Dieses Mittel würde helfen, wenn es anwendbar wäre. Aber wer soll es anwenden, wer soll die höheren Preise festsetzen? Durch vier Jahre hindurch war Zeit genug, höhere oder entsprechende Preise für alle möglichen Produkte, die man notwendig brauchte und die in genügender Menge nicht erzeugt wurden, weil kein Anreiz für die Erzeugung bestand, festzusetzen. Bis heute ist es dazu nicht gekommen, bis heute sind die behördlich festgesetzten Preise für Getreide, Kartoffel, Hülsenfrüchte (im Verhältnis zur Entwertung des Geldes und zur Erschwerung der Produktion) lächerlich niedrig, und wenn endlich einmal eine Erhöhung kommt, so ist es diejenige Erhöhung, die vor einem halben, vor einem Jahre notwendig gewesen wäre und die heute schon längst wieder durch eine weitere notwendige Erhöhung überholt ist. Die Schuld daran ist nicht vielleicht der Neid oder böse Wille der Beamten. Diese, welche mitten in dem Räderwerk der Zwangswirtschaft stehen, haben zum großen Teil schon begreifen gelernt, wie die zwangswirtschaftlichen Preise produktionsvernichtend wirken. — Wenn die notwendigen Preiserhöhungen ausbleiben, so kommt es daher, daß kein Beamter die Verantwortung für dieselben übernehmen will, und mit Recht; es ist ein Unding, von einem Beamten — sei er von früher her Berufsbeamter oder ein sogenannter „gelernter" Beamter, der früher Kaufmann oder Fabrikant war und jetzt irgendwo im Ernährungsamt sitzt — zu verlangen, er solle für irgend einen Artikel auf den einseitigen Vorschlag der Produzenten hin den Preis erhöhen. Welchen Preis soll er festsetzen? Es ist doch ganz unmöglich

[4]) Die besten landwirtschaftlichen Maschinen, die es gibt, stehen uns ohnehin jederzeit zur Verfügung, aber sie sind nicht in vollem Betrieb; es sind dies die menschlichen Arbeitskräfte, welche durch die Zwangswirtschaft ganz oder zum Teil ausgeschaltet wurden.

für ihn und für jeden, auch für den tüchtigsten Kaufmann oder Fabrikanten, den volkswirtschaftlich richtigen Preis für irgend einen Artikel zu bestimmen.[5]) Man kann allenfalls Preise bestimmen, welche die Gestehungskosten decken, aber auch nur für einen Ort oder für eine gewisse Zeit. An anderen Orten und zu anderen Zeiten sind die Gestehungskosten wieder andere; aber nie und nimmer kann irgend ein Amt den an einen gewissen Ort und zu einer gewissen Zeit volkswirtschaftlich richtigen Preis bestimmen, dies ist nur am freien Markte möglich. Die Beamten oder die betreffenden verantwortlichen Ämter setzen sich bei jeder Preiserhöhung ungeheuren Angriffen von Seite der Konsumenten, von Seite der großen Masse der industriellen Arbeiter aus, deren Unzufriedenheit mit der steigenden Not täglich wächst.

Der Beamte oder die Behörde setzt sich aber bei Preiserhöhungen eventuell auch nationalen Angriffen aus. Geht man heute z. B. mit dem Preis für Zwetschken in die Höhe, so werden allenfalls morgen die Deutschen in Böhmen erklären, daß dies eine die Tschechen einseitig begünstigende Maßregel sei und vice versa.

Die Verhetzung der Stände und auch der Länder durch die Zwangswirtschaft ist in Deutschland nicht geringer als hier in Österreich, trotzdem man dort nur mit einem Volk und nicht mit verschiedenen Nationalitäten zu tun hat. — Dr. Bendixen sagt:

„Das Deutsche Reich, das nach der Reichsverfassung ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden soll, ist in tausend kleine von Ausfuhrverboten eingerahmte Bezirke zerlegt. Der ehrliche Handel ist vernichtet, die Produktion gehemmt. Das größte Kartoffelland der Welt darbt in periodischen Kartoffelnöten. Brotgetreide und Eßkartoffeln werden von den Bauern, die nach Preisen wirtschaften, in Mengen an das Vieh verfüttert; vieles, das der Pflege des sachverständigen Handels nicht ent-

[5]) Die von jedem neuen Ernährungsminister und Ministerpräsidenten feierlich abgegebene Erklärung, man müsse den gelernten Fachhandel für die Versorgung der Bevölkerung, für die öffentliche Wirtschaft mehr heranziehen, ist eine gänzlich belanglose Phrase. Der Fachhändler ist in dem Moment, wo er in einem Regierungsamt sitzt und dem Reglement der Zwangswirtschaft unterworfen ist, ebenso Bureaukrat wie irgend ein anderer Beamter; er kann in diesem Amt, außerhalb des Gebietes der freien Wirtschaft, seiner eigenen Initiative beraubt, ebensowenig etwas Ersprießliches leisten, wie der Fisch am Land schwimmen kann.

raten kann, verdirbt; die bureaukratische Zufuhr arbeitet schlecht, alle Welt ist unzufrieden, weil es an Ware fehlt. Es ist eine Probe auf den sozialistischen Zukunftsstaat, die sehr heilsam sein würde, wenn nicht der Augenblick so entsetzlich schlecht gewählt wäre. Heute ist sie, wie kürzlich ein Volkswirt mit Bitterkeit bemerkte, die wirksamere Hälfte des englischen Aushungerungsplanes."

Alle die Vorschläge, die darauf hinzielen, unsere Ernährungsverhältnisse im Rahmen der Zwangswirtschaft zu verbessern und ohne Aufhebung des Grundprinzips der Zwangswirtschaft (jenes Prinzips der behördlichen Preisfestsetzung und Verteilung, das den freien Markt ausschaltet), die Produktion zu heben, werden wirkungslos bleiben; sie sind nichts als Theorie, sie lassen sich allenfalls in dieser sehr schön ausbauen, in der Praxis werden sie ebenso versagen wie die gesamte Zwangswirtschaft bis heute (in Deutschland und in Österreich) versagt hat.

Die Leute, die heute mit Vorschlägen zur strafferen Organisation, zur schärferen Erfassung, zur Hebung der Produktion, und zwar von Staats wegen aus kommen, meinen, die Zwangswirtschaft mit einigen Verbesserungen wäre schon gut, man müsse nur nicht in dem alten Schlendrian weiterarbeiten, sondern die Dinge so und so machen; diese Leute vergessen ganz, daß sie mit Menschen rechnen müssen, sie vergessen ganz, daß das, was sie von den Menschen verlangen, Höchstleistungen sind, wie sie noch niemals in früheren Zeiten verlangt wurden, und daß man die Menschen zu Höchstleistungen nur dann bringt, wenn sie für diese auch entsprechend belohnt werden. Unser wirtschaftliches Leben wird heute nicht von freien Kräften, sondern von Beamten betrieben und geleitet; auch der Kaufmann, der Fabrikant ist, so wie er in die Zwangswirtschaft eingefügt wird, nicht mehr eine unabhängige Existenz, sondern mehr oder weniger Beamter des ungeheuren Staatsorganismus mit vorgeschriebenem und begrenztem Wirkungskreis. — Von einem Beamten, dessen Verdienstmöglichkeiten beschränkt sind, kann man aber doch nur verlangen, daß er das leistet, was dieser Verdienstmöglichkeit entspricht. Von Beamten, die ihren Dienst sozusagen mit der Uhr in der Hand verrichten, wird man nie die Arbeit verlangen können,

die ein Fabrikant, ein Kaufmann, ein Bauer leistet, dessen Verdienstmöglichkeiten unbegrenzt sind, sobald er sich über das normale Maß hinaus anstrengt.

Dr. Bendixen schreibt in „Sozialismus und Volkswirtschaft":

„Jeder Mensch ist ein wirtschaftendes Subjekt. Er wendet bewußt zur Herbeiführung eines Erfolges nicht mehr Kraft und Mittel auf, als ihm dazu erforderlich erscheinen. Mit möglichst geringer Leistung möglichst viel zu erreichen, ist die Aufgabe alles Wirtschaftens, ja überhaupt jedes zweckmäßigen Handelns. Beschränkt man nun den zu erzielenden Wirtschaftserfolg auf ein bestimmtes Maß, das keiner Steigerung fähig ist, so wird sich die ganze Energie des Wirtschaftenden darauf richten, seine Leistung möglichst zu verringern, um nicht ohne Nutzen zu arbeiten, wie er umgekehrt, wenn ihn unbeschränkte Verdienstmöglichkeit lockt, seine Arbeitskraft bis zur Grenze seines Könnens anstrengen wird. Hierauf beruht es, daß z. B. die Bureaukratie nie die Leistungen der freien Arbeit erreichen wird, denn auch das Pflichtgefühl und die Vaterlandsliebe, die unsere Beamten auszeichnen und ihre Leistungen weit über das in anderen Staaten übliche Maß erheben, vermögen jenes wirtschaftliche Naturgesetz nicht außer Kraft zu setzen. Wie aber würde sich dann die Produktion im Zukunftsstaat gestalten? Es wäre der krasseste Gegensatz zur heutigen Wirtschaft. Wo wir heute alle Kräfte in höchster Anspannung um die Palme des Erfolges ringen sehen, genössen wir dann den traurigen Anblick eines allgemeinen Wettkampfes in der Trägheit mit dem unabwendbaren Ergebnis nationaler Verarmung. Wie könnte es auch anders sein: Der Kapitalreichtum einer Nation besteht unter der geltenden Wirtschaftsordnung in den Kapitalien der Individuen. Er wächst durch das Interesse des Einzelnen an der Vermehrung seines Vermögens. Diesen Motor ersetzt kein Zwang und kein Gesammtwille."

Es wird denjenigen, die heute für die freie Wirtschaft eintreten, welche darauf hinweisen, daß die willkürlichen bureaukratisch festgesetzten Preise die Produktion herabdrücken, von den Theoretikern der Zwangswirtschaft gewöhnlich vorgeworfen, daß sie die einzige Möglichkeit einer Produktionssteigerung in hohen Preisen sehen; es wird dann ferner gesagt, daß man mit hohen Preisen allein die Menschen nicht zur Arbeit bringt, daß man auch mit

anderen Mitteln arbeiten müsse, um die Produktion auf das notwendige Maß zu steigern. — Diese Theoretiker der Zwangswirtschaft verkennen ganz das wesentliche Prinzip der freien Wirtschaft. Nicht die hohen Preise sind es, welche das Wirtschaftsleben in Bewegung erhalten, geradesowenig wie ein hoher Blutdruck die Bedingung für die Blutzirkulation im menschlichen Körper ist. Nicht die hohen Preise, sondern die volkswirtschaftlich richtigen Preise sind es, welche Produktion und Handel in Schwung halten und den zu jeder Stunde notwendigen Ausgleich von Ort zu Ort, von Zeit zu Zeit bewerkstelligen. Die volkswirtschaftlich richtigen Preise, das lehrt sowohl Praxis wie Theorie, können aber nur am freien Markt erstellt werden. Ist heute in einem Artikel nur geringer Mangel, so werden die Preise steigen; sofort bemächtigt sich die Produktion dieses Artikels, bis genug davon da ist. In dem Moment, wo der Bedarf befriedigt wird, sinken auch wieder die Preise, die Produktion wendet sich wieder anderen Dingen zu, deren Preise unterdessen gestiegen sind. So ist es mit den verschiedenen Artikeln und so ist es mit den verschiedenen Gegenden. Ist in einer Gegend das Getreide knapp und dementsprechend teuer geworden, so strömt sofort automatisch aus anderen Gegenden, wo mehr Getreide vorhanden ist und daher die Preise billiger sind, das Getreide dorthin. — Ebenso ist es mit dem Ausgleich von Zeit zu Zeit. Besteht heute Knappheit in einem Artikel so steigen die Preise, die steigenden Preise wieder schränken den Konsum ein und ermöglichen uns daher, mit den Vorräten länger, auch bis in eine spätere Zeit auszukommen.

Bei uns wurde zu Beginn des Krieges durch Ausschaltung der freien Wirtschaft[6]) vermittels der Kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914 eine ungeheure Verschwendung künstlich gezüchtet. Lange Zeit hindurch haben die Bezirksgerichte jeden bestraft, der höhere Preise als die Friedens-

[6]) In weiten Kreisen besteht heute noch die Ansicht, die Zwangswirtschaft mußte eingeführt werden, weil die freie Wirtschaft, der freie Handel zu Beginn des Krieges versagt habe. Diese Meinung ist gänzlich unrichtig. Die freie Wirtschaft konnte überhaupt gar nicht zeigen, was sie zu leisten fähig ist, da sie, wie oben bemerkt, gleich zu Beginn des Krieges gänzlich ausgeschaltet wurde. — Die freie Preisbildung auf freiem Markt ist das Wesentliche, die Seele der freien Wirtschaft. Bestimmt man die Preise amtlich, hebt man den freien Markt auf, so gibt es auch keine freie Wirtschaft mehr.

preise verlangte, trotzdem das Geld schon entwertet und der Wiedererlangungspreis der Ware bedeutend gestiegen war (zu dieser Entwertung trug auch nicht wenig das Moratorium bei). Die Notenpresse arbeitete mit aller Macht, was sich ja sofort im wirtschaftlichen Leben geltend machte, denn durch diese erhöhte Tätigkeit der Notenpresse kam Geld in großen Mengen unter die Bevölkerung und notabene in Kreise, die bisher gar niemals mit Bargeld zu tun hatten und daher mit demselben auch nicht wirtschaftlich umgehen konnten. Man hatte also zu den damals billigen Preisen aufgekauft und verbraucht, was nur zu kaufen ging. Dadurch, daß der reelle Handel nicht höhere als die Friedenspreise verlangen konnte, die wirtschaftlich richtigen Preise aber viel höhere waren, entstand erst der Kettenhandel. Ohne die Kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914 und die dadurch bewirkte Ausschaltung des freien Handels, der freien Wirtschaft wäre überhaupt niemals ein Kettenhandel möglich gewesen. Der Kettenhandel hat nicht, wie irrtümlich geglaubt wird, die höheren Preise gemacht, der Kettenhandel hat sich nur der Differenz zwischen den durch die Bezirksgerichte künstlich niedergehaltenen und den volkswirtschaftlich richtigen Marktpreisen bemächtigt.

Der Altmeister der Nationalökonomie Roscher sagte schon vor sechzig Jahren (National-Ökonomie, Verlag Cotta 1859):

> „Jedes notwendige Gewerbe, das von der Volksmeinung beschimpft, wohl gar durch Pöbelaufstände gefährdet wird, verlangt und erhält unfehlbar einen höheren Arbeitslohn und Kapitalzins. Auch ist es gewiß nicht gleichgültig, wenn Rücksicht auf die irregeleitete öffentliche Meinung die ehrenhaften Kaufleute aus einem hochwichtigen Gewerbe vertreibt, und nur die ehrlosen darin zurückläßt.“

Dr. Bendixen sagt in „Sozialismus und Volkswirtschaft“:

> „Sehen wir von den unsauberen Elementen ab, deren Entfernung aus dem Lebensmittelhandel aus gewerbepolizeilichen Gründen zu wünschen ist, und nehmen den Tatbestand rein sachlich, so ist der Kettenhandel an sich nichts volkswirtschaftlich Schädliches. Denn — nicht der Kettenhandel macht die Preise — dazu ist er gar nicht im stande —, sondern er teilt sich den Gewinn, der zwischen dem früheren und dem späteren Preise liegt. Im Grunde scheint er uns nur die Erfahrung zu be-

stätigen, daß sich der spekulierende Händler gern mit kleinem Gewinn bei raschem Umsatz zufrieden gibt und das Risiko des langen Zurückhaltens der Ware scheut, was den Befürchtungen wegen Lebensmittelwuchers zum größten Teil den Boden entzieht."

Daran anknüpfend bemerkt er:

„Der Glaube, daß der Kettenhandel die Ernährung des Volkes beeinträchtige, ist in der Tat ein leerer Wahn. Immerhin empfahl es sich, zur öffentlichen Beruhigung die unlauteren Elemente aus dem Lebensmittelhandel zu entfernen. Wenn man aber darüber hinaus die spekulative Tätigkeit achtbarer Kaufleute verfehmt, so folgt man den Vorurteilen der blinden Menge und schädigt die allgemeine Wohlfahrt.

Dem Reichsgericht aber ist es vorbehalten geblieben, den Fehler der Gesetzgebung durch seine Rechtsprechung noch zu überbieten."

Ferner:

„Die nationale Wohlfahrt hat kein Interesse daran, zu verhindern, daß ein Händler an seinen Waren großen Gewinn mache — daran hat nur der Neid Interesse —, aber sie hat ein großes Interesse daran, daß mit den Vorräten sparsam gewirtschaftet werde, und dafür sorgt der hohe Preis, denn bekanntlich schont jeder die teuer bezahlte Ware mehr als die billige. Es ist daher vom Standpunkte der Nation höchst unwirtschaftlich, einen Händler zu nötigen, vor Kriegsausbruch gekaufte Auslandswaren zu alten Preisen abzugeben. Als Kaufmann muß er den Preis nach den Wiedererlangungskosten normieren, und damit deckt sich das Interesse der Gesamtheit. Schilt der Pöbel ihn deshalb Wucherer, so soll der Staat ihn schützen, statt in der gleichen Verblendung ihm den Prozeß zu machen, wie es heute leider üblich ist."

Der Staat durfte im Krieg natürlich nicht die ungezügelte freie Wirtschaft bestehen lassen. Die freie Wirtschaft hätte, bevor sie das Gleichgewicht findet und sich auf den Krieg einstellt, sicherlich zu vorübergehenden Krisen geführt, Krisen, die man vermeiden oder mildern mußte, wenn sie nicht allenfalls die kriegerischen Operationen stören oder gar in Frage stellen sollten. Der Staat hätte das Mindestquantum derjenigen Nahrungsmittel, die zum Leben unbedingt nötig sind und die man tatsächlich leicht fassen kann, als Brotgetreide, Fleisch, Zucker, für die Nichtselbstversorger

zu einem angemessenen Preis sicherstellen müssen. Wer von diesen Dingen über das Mindestquantum hinaus etwas haben will, muß es sich am freien Markt zu den Marktpreisen kaufen. Bei der Durchführung dieses Prinzips hätte niemand Hunger leiden brauchen.

Von den Theoretikern der Zwangswirtschaft, die heute die Schäden derselben einsehen, wird gesagt: Jetzt läßt sich nichts anderes machen, als eben auf dem Boden der Zwangswirtschaft weiter bauen. Die freie Wirtschaft mußte man ausschalten, denn wenn man auch keine diesbezüglichen Erfahrungen habe, so könne man doch mit Bestimmtheit behaupten, daß sie versagt haben würde. — Eine solche Behauptung ist natürlich schwer zu widerlegen; aber mittels einer Art von Indizienbeweis läßt sich feststellen, daß größere Wahrscheinlichkeit bestehen mußte für das Versagen der Zwangswirtschaft als für das der freien Wirtschaft. Die erstere hat seit den ältesten Zeiten — ob im Krieg oder im Frieden, wann immer sie beibehalten oder eingeführt wurde — versagt.[7])

Man wende nicht ein, daß die freie Wirtschaft bei uns im Kriege nicht möglich war, weil die Kräfte, die bei uns im wirtschaftlichen Leben stehen, welche Produktion und Handel betreiben, moralisch nicht auf der Höhe der gleichen Kreise in den westlichen Ländern sind. Unsere Bauern, Fabrikanten, Kaufleute sind nicht um ein Jota besser oder schlechter als die übrige Bevölkerung. Sind alle unsere wirtschaftlichen Kräfte wirklich auf einem niedrigen moralischen Niveau, dann stehen auch unsere Wissenschaft, unsere Kunst und — was uns hier vornehmlich berührt — unsere Beamtenschaft auf demselben niedrigen Niveau. Und wenn man mit solcher minderwertigen Bevölkerung keine freie Wirtschaft betreiben kann, dann um so weniger eine Zwangswirtschaft. — Gerade die Behauptung, daß unsere wirtschaftlichen Kreise auf niedrigem

---

[7]) Bezüglich Deutschland vgl. Dr. Friedrich Bendixen:

Zur Rechtfertigung der Kriegswirtschaft wird heute geltend gemacht, der Handel habe versagt. Das ist zwar eine sehr törichte Behauptung, denn er mußte versagen, als man ihm auf hier nicht weiter zu erörternde Weise die Grundlagen fruchtbarer Betätigung entzog und namentlich die Preisbildung durch Höchstpreise fesselte; und wenn er auch unentschuldbar versagt hätte, so folgt daraus noch nicht, daß die Bureaukratie mehr leisten kann als der berufsmäßige Handel. Wenn die Ärzte bei einer Epidemie versagen, läßt man doch auch nicht die Juristen medizinieren. Aber hat nicht vielleicht der Handel in der Verteidigung seiner Rechte versagt?

Niveau stehen, hätte eben ein Argument nicht für, sondern gegen die Zwangswirtschaft sein müssen. Wir sehen ja, die Zwangswirtschaft hat in Deutschland ebenfalls versagt, von Jahr zu Jahr geht dort die Produktion zurück und je straffer man organisieren, je schärfer man erfassen will, desto weniger bekommt man. — Aber trotzdem auch dort über das traurige Ende für jeden, der die Verhältnisse draußen kennt und verfolgt, kein Zweifel besteht, so ist es dort draußen dennoch etwas besser als in Österreich, weil man eben mit der disziplinierten, an Ordnung gewöhnten deutschen Bevölkerung die ungeheuersten, kühnsten Experimente machen kann und somit selbst auch die Zwangswirtschaft wenigstens durch eine gewisse Zeit hindurch versuchen konnte. — Übrigens ist die Behauptung von der moralischen Minderwertigkeit des österreichischen Handels, der österreichischen Industrie und Landwirtschaft gar nicht richtig. Es mag bei uns Verschiedenes minderwertig sein, aber gerade Handel und Industrie sind gesund, solid und brauchen hinter keinem Lande der Welt zurückstehen.

Dieses Argument von der Minderwertigkeit ist dasselbe, das rückständige, autokratische Regierungen jedesmal ins Treffen geführt haben, wenn es sich darum gehandelt hat, eine neue demokratische Regierungs- oder Verwaltungsreform einzuführen. Da hat es immer geheißen, diese Reformen wären an und für sich sehr gut, aber nur dort, wo das Volk für sie reif sei, in England, Frankreich, Amerika; unsere Leute wären auf einer zu niedrigen Stufe, um eine solche Reform zu vertragen. Man vergaß eben oder man wollte nicht wissen, daß, ebenso wie ein einzelner Mensch nie eine Sache kennen lernen oder beherrschen wird, bevor er sie nicht endlich tut, ein Volk nie für Regierungsformen reif werden wird, wenn es diese Regierungsformen nicht endlich einmal zu benützen beginnt. Hätte man geglaubt, was die Auto- und Bureaukratie in Österreich sagte, und hätte diese die Macht gehabt, sich den Reformen zu widersetzen, so würden wir in Österreich heute noch dieselben politischen Zustände haben wie vor hundert Jahren. Es wird wohl wenige geben, die sich nach diesen Zuständen trotz aller Mängel, welche unsere moderne Verfassung haben mag, zurücksehnen. Trotzdem unser Parlament nicht vollkommen ist, trotzdem unser politisches Leben viele Schattenseiten zeigt, würde sich kaum jemand finden, der all diese Mängel gegen

die Staatskonferenz, den Staatsrat, die kaiserlichen Hofstellen und die österreichische Zensur, wie sie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhundert bestanden hat, eintauschen möchte. Auch auf geistigem Gebiete sieht man, was freie Wirtschaft und Zwangswirtschaft bedeutet. Würde Österreich heute noch unter der vormärzlichen politischen Zwangswirtschaft stehen, so wäre es geradeso rückständig wie damals. Die große Entwicklung auf geistigem Gebiete, die Entfaltung von Wissenschaft, Denken, Kunst war erst mit der Erlangung der freien Wirtschaft auf politischem Gebiet ermöglicht.

Man möge das Problem „freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft" nur ja nicht von dem Standpunkt der ethischen Reife dieser oder jener Klasse oder eines ganzen Volkes aus behandeln. Gar oft wird heute den Vertretern der freien Wirtschaft gegenüber das Argument ins Feld geführt, daß unsere Kaufleute all das, was man im Kriege vom Staatsbürger verlangen muß — Patriotismus, Selbstverleugnung, Gemeinsamkeitsgefühl — bei uns nicht in dem Maße besitzen, wie die Kaufleute Englands oder Amerikas, gar oft wird gesagt, daß unsere Kaufleute, hätten sie die volle Freiheit, nicht aus ethischen Motiven, sondern nur aus selbstsüchtigen Erwägungen handeln würden. — Es mag wahr sein, daß die Mehrzahl der im Erwerbsleben Stehenden nicht aus ethischen Motiven handelt und handeln würde, aber man muß sich fragen: Wo handelt heute irgend jemand unter dem Regime der Zwangswirtschaft, sei er Kaufmann oder Beamter, aus ethischen Motiven? Es kommt auch gar nicht darauf an, daß aus solchen Motiven gehandelt werde, sondern die Volkswirtschaft braucht, um richtig zu funktionieren, volkswirtschaftlich richtig handelnde Kräfte. Ein Mensch, der — sei es im Frieden oder im Krieg — das, was er erzeugt, ohne Zwang unter den Gestehungskosten verkauft, ist ein gefährlicher Narr; er würde allen denen, die den gleichen Artikel erzeugen, die weitere Erzeugung unmöglich machen, wenn sie nicht ihr Vermögen zusetzen wollen. Er würde ferner die Verschwendung groß züchten und endlich und schließlich würde er selbst darüber zu Grunde gehen, nachdem er seine Konkurrenten alle zu Grunde gerichtet.

Dr. Bendixen führt aus:

„Menschlich ist es ja gewiß nur sympathisch, wenn ein Kaufmann von vornehmer Gesinnung sich scheut, in Zeiten der

Kriegsnot auf seine Lebensmittelbestände einen außerordentlich großen Gewinn zu machen, und die Ware, die er zu hundert verkaufen könnte, lieber zu fünfzig hergibt. Es ist dies aber nicht nur kaufmännisch falsch, denn es ist auch nationalökonomisch schädlich, Waren unter ihrem Werte, d. h. unter dem angebotenen Preise, in den Verkehr zu bringen, wenn das Gemeinwohl ihre sparsamste Verwendung verlangt. Mag der Kaufmann den Gewinn, der ihm das Herz bedrückt, Wohlfahrtseinrichtungen zufließen lassen, wenn ihm die Kriegsgewinnsteuer nicht genügt. In seinen Geschäften aber muß der ganze Stand lernen, sich als Organ der Volkswirtschaft zu fühlen, dem es die Pflicht verbietet, durch falsche Liberalität der Unwirtschaftlichkeit Vorschub zu leisten."

Im weiteren:

„Nicht ein vom sozialen Gedanken diktierter, sondern der richtige Preis ist es, auf dem das wirtschaftliche Getriebe beruht. Alles Wirtschaften ist ein Rechnen nach Preisen; fälscht man die Preise, so gerät die ganze Rechnerei in Unordnung. Die Höhe des Preises aber ist das Ergebnis von Angebot und Nachfrage. Der Käufer will die Ware möglichst billig haben, der Verkäufer sie nur möglichst teuer hergeben. Aber die Konkurrenz unter den Käufern steigert die Preise, wie der Wettbewerb der Verkäufer sie senkt. Aus dem Zusammen- und Gegeneinanderwirken dieser Kräfte entwickelt sich der richtige Preis. Er ist gewissermaßen das Ergebnis eines Versteigerungsverfahrens, denn allem Handel liegt eine latente Auktion zu Grunde. Er ist rechnerische Größe, und deshalb ist es unsinnig, ihm einen moralischen Maßstab anzulegen. Der Händler, der die Versteigerung seiner Waren unterbrechen läßt, weil die Höhe des gebotenen Preises sein Gewissen belastet, gehört nicht in den Tugendtempel, sondern ins Irrenhaus."

Die Furcht, daß in der freien Wirtschaft, wo jeder tun kann, was er will, zu Kriegszeiten die Preise ins Ungemessene steigen würden, ist gänzlich unbegründet. Die Preise würden immer nur bis zu einem Punkte steigen, wo Angebot und Nachfrage sich ausgleichen.

Daß einzelne Händler die Waren zurückhalten könnten, um sie später einmal zu unerschwinglichen Preisen zu verkaufen, ist auch eine unbegründete Furcht. Kein Händler wird so wahnsinnig sein, die Ware auf unbegrenzte Zeitdauer zurückzuhalten, denn dies

wäre gegen sein ureigenes Geschäftsinteresse. Jeder Händler trachtet, seine Ware bei nächster Gelegenheit abzustoßen, Gewinn zu realisieren und nicht „auf der Ware sitzen zu bleiben". — Vereinigungen von Händlern, Trusts, Syndikaten, die Waren aufkaufen, um sie in einem späteren Zeitpunkt, vielleicht erst in einem Jahre wieder zu verkaufen, kann man aber leicht mit gesetzlichen Maßnahmen beikommen. Nichts ist leichter, als derartiges zu verhindern, namentlich wenn einem die Kriegsgesetze zur Verfügung stehen. Man dekretiere einfach, daß Händler oder Vereinigungen von Händlern nur diejenigen Vorräte halten dürfen, welche auf Grund ihres Friedensumsatzes für ihren Geschäftsbetrieb notwendig sind. Um zu entscheiden, was Friedensumsatz ist, welche Betriebsvorräte notwendig sind, und auch zur Entscheidung einer Menge anderer ähnlicher Fragen würden eigene, aus Fachleuten zusammengesetzte Zentralen berufen sein.

Dr. Bendixen sagt:

„Was von dem Zurückhalten der Ware gesagt ist, gilt aber in gleicher Weise von dem spekulativen Ankauf. Das Interesse des Spekulanten geht durchaus parallel dem Interesse der Gesamtheit. Freilich ist es richtig, daß spekulative Käufe die Preise steigern, wie dies jede Nachfrage tut, nur daß die Preissteigerung der spekulativen Nachfrage durch die Preissenkung des künftigen Angebots wieder aufgewogen wird. Und richtig ist auch, daß die Preise ohne das Eintreten der Spekulation auf ihrem Tiefstand verharrt wären. Aber es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß dies im Interesse der Volkswirtschaft liegen würde. Denn die Fortdauer niedriger Preise, wenn später Mangel an Ware vorauszusehen ist, ist volkswirtschaftlich nicht nützlich, sondern schädlich, weil der niedrige Preis den Konsum beschleunigt und die künftige Notlage, die dann unvermittelt und vor der Zeit eintritt, auf das Empfindlichste verschärft. Kein kluger Gesetzgeber wird daher in Waren des freien Verkehrs die Spekulation unterbinden oder etwa gar das Geschäft, das nach der Lehre des Handelsrechtes unter dem Namen des Spekulationskaufes als Grundhandelsgeschäft an der Spitze der Handelsgeschäfte steht, als ‚unlautere Machenschaft' bezeichnen wollen."

Ferner:

„Gegen sinnlose Preissteigerungen war als vorübergehende polizeiliche Maßregel das Mittel der Höchstpreise empfehlens-

wert, wenn es nur nach Rückkehr der Besinnung programmmäßig wieder beseitigt wurde. Gegen Händler aber, die im Trüben fischen wollten, hätten Veröffentlichungen über die im Lande vorhandenen Warenbestände und Warenprüfungsstellen nützliche Dienste geleistet. Auch die polizeiliche Ausmerzung unlauterer Elemente war geboten. Den ehrenhaften Kaufmann aber mußte man in Ruhe lassen."

Vielfach meinen die Leute auch, daß die Zwangswirtschaft schon deswegen notwendig sei, um die richtige Verteilung, den richtigen Transport der Güter auf den Eisenbahnen durchzuführen. In dieser Meinung liegt einer der größten Irrtümer. Wir hätten bei freier Wirtschaft nicht die Verkehrsnot auf den Eisenbahnen, wie sie heute besteht. Die Tausende und Abertausende individuellen Kräfte, welche alle die Kanäle genau kannten, durch die die Ware auf dem kürzesten Wege vom Produzenten zum Konsumenten gelangen soll, hätten selbstverständlich auch im Kriege den Verkehr zwischen Produktion und Konsum, zwischen Überschußkreisen und Bedarfskreisen auf das Beste und Glatteste besorgt. Die Zentralen, trotzdem ihnen die Machtmittel des Staates zur Verfügung stehen, konnten diesen Verkehr nur schlecht, unwirtschaftlich, unökonomisch besorgen. Die Verteilung durch die Zentralen hat das unökonomische, ja widersinnige Herumreisen der Waren gezeitigt. Dieses Herumreisen der Waren war wieder Ursache riesiger Verteuerung und ungeheurer Verderbnis. Dadurch, daß infolge der Zwangswirtschaft mit ihren Höchstpreisen ein großer Teil der Waren entweder nicht an ihren Bestimmungsort kam, weil sie unterdessen verdorben waren oder aber weil sie vom Produzenten wegen der niedrigen Preise zurückgehalten wurden, kommt es, daß die Städter aufs Land fahren, um sich im Wege des Schleichhandels kleine Quantitäten von Mehl, Butter, Eier, Schmalz, Fleisch zu enormen Preisen herbeizuschaffen. Welche ungeheure Verschwendung an Zeit, menschlicher Arbeit und Transportmitteln! Wir hätten nie unsere heutige Verkehrsmisere auf den Eisenbahnen bekommen, wenn nicht Hunderttausende von Menschen beständig mit Paketen, Rucksäcken, Handtaschen herumfahren würden, um sich diejenigen notwendigen Bedarfsartikel zu verschaffen, die sie im Wege der Zwangswirtschaft nicht bekommen. Bei freier Wirtschaft würden all die notwendigen Artikel zu den jeweilig gerechtfertigten Marktpreisen

in großen Quantitäten auf dem kürzesten Wege in die Bedarfsorte geschafft werden, um dort an die Bevölkerung zur Verteilung zu gelangen. Das zwecklose Reisen der Güter, das zwecklose Reisen der Bevölkerung würde entfallen. Der freie Händler würde sich die Frachträume auf den Bahnen nicht nur ebenso leicht, sondern viel leichter als die Zentralen verschaffen können, denn er betreibt dasjenige Geschäft, in dem er die größte Übung besitzt, an demjenigen Orte, an dem er sozusagen zu Hause ist, dessen Verhältnisse er genau kennt. Die Hunderttausende von individuellen Existenzen, die an Hunderttausenden von Orten Geschäfte betreiben, sind alle mit ihrem Vermögen an den individuellen Warenteilen interessiert. Die Ware wird geschätzt und behütet durch das mit ihr verknüpfte individuelle Vermögensinteresse. Außerdem braucht ja nur gesetzlich dekretiert werden, daß alle die Güter, welche notwendige Nahrungsmittel oder Bedarfsartikel sind, beim Transport bevorzugt und ebenso behandelt werden wie die heute durch die Zentralen aufgegebenen Güter, und der freien Wirtschaft stünden dieselben Transportmittel zur Verfügung wie der Zwangswirtschaft, Transportmittel, welche jene aber viel besser, sparsamer, rationeller benützen würde als die letztere.

Bestünde freie Wirtschaft, dann gäbe es keinen Schleichhandel. Die Preise wären allerdings höher als die fiktiven, lächerlichen Preise der Zwangswirtschaft, aber lang nicht so hoch wie die im heutigen Schleichhandel gezahlten und, was das Wichtigste ist, zu diesen Preisen bekäme man die Ware.

Die freie Wirtschaft würde eine viel anständigere Wirtschaft als die Zwangswirtschaft sein, die in ihrem Gefolge die größte Demoralisierung nach sich zieht, an die sich die Menschheit seit dem Dreißigjährigen Krieg erinnern kann. Wir haben heute Tausende Verordnungen und Gesetze, die ganz offen umgangen werden, weil sie einfach nicht einzuhalten sind. Diese Umstände nehmen unserer Bevölkerung jede Achtung vor den Gesetzen, auch vor solchen, die unbedingt gehalten werden müssen, soll die menschliche Gesellschaft nicht zu Grunde gehen.

Dr. Bendixen äußert sich darüber:

„Doch das Schlimmste ist die moralische Verwüstung, die das System anrichtet. In einem Staate, der sich noch nicht entschlossen hat, das Privateigentum abzuschaffen, ist es ein Widersinn, jemandem zu verwehren, seine Ware demjenigen zu

verkaufen, der den höchsten Preis für sie bietet, oder dem Besitzer von Geld zu verbieten, für die begehrte Ware so viel zu bezahlen, wie er will. Solche Gesetze können kein anderes Schicksal haben als die kanonischen Zinsverbote, die bis in die Neuzeit hinein ihren widernatürlichen Kampf gegen die Logik der Wirtschaft zum Schaden der öffentlichen Moral geführt haben. So erleben wir es denn, daß, sobald für einen Artikel Höchstpreise festgesetzt werden, die Ware vom Markt verschwindet und auf Schleichwegen ihr Ziel wirtschaftlichster Verwendung zu erreichen sucht. Und sie erreicht das Ziel! Es ist kein Geheimnis, daß fast alle Welt gegen die Gesetze verstößt. Zuweilen entbrennt Volk und Regierung in heiligem Zorn gegen die „Schieber" und „Wucherer", von denen dann einige zur allgemeinen Befriedigung zur Strecke gebracht werden. Erreicht wird aber dadurch so gut wie nichts, solange man nicht in jedes Haus einen gegen alle Verführung gefeiten Schutzmann legen kann, und das Übel frißt inzwischen weiter. Es ist ein Jammer, anzusehen, wie der Staat, irregeleitet durch falsche sozialistische Ideale, die Volkswirtschaft in Verwirrung bringt und selbst die Staatsgesinnung und die Achtung vor den Gesetzen untergräbt."

Von denjenigen, welche die schlimmen Folgen der Zwangswirtschaft sehen und auch zugeben, daß die freie Wirtschaft besser funktionieren würde, die aber keinen Ausweg aus unserer jetzigen Not finden können, (vielleicht deswegen, weil sie nicht den Mut zu radikalen Maßnahmen besitzen), wird vielfach vorgeschlagen, man solle einen sogenannten „goldenen Mittelweg" einschlagen, etwas von der Zwangswirtschaft beibehalten und wieder etwas von der freien Wirtschaft in seine Rechte einsetzen; z. B. man könnte ja in einigen Artikeln den Verkehr und die Produktion freigeben, andere wieder unter der Kontrolle der Zentralen belassen, in einige Zentralen an die Spitze hervorragende Kaufleute und Fabrikanten setzen usw. — Wer aber über alle die Fragen, welche unser Ernährungsproblem darstellen, seit Beginn des Krieges gründlich nachgedacht hat, wer sich insbesondere mit den Vergleichen zwischen Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft befaßt hat, der weiß, daß es keinen goldenen Mittelweg gibt. Jeder sogenannte goldene Mittelweg ist ein fauler Kompromiß, lediglich dazu dienend, um durch kurze Zeit über Verlegenheiten hinwegzuhelfen und etwa das Volk zu beruhigen oder, sagen wir, zu täuschen. Führt man

heute auf einem beschränkten Gebiet freie Wirtschaft ein, so wird dort die Produktion ungeheuer steigen, aber die Produkte ebenso auch verschwinden, weil die ausgehungerte Bevölkerung, die an allen übrigen Artikeln Mangel leidet (die nicht zum Vorschein kommen, weil sie noch immer unter Zwangswirtschaft stehen), sich eben auf die frei gewordenen Artikel stürzen wird. Wir haben das in Österreich bei der Obst- und Gemüsebewirtschaftung gesehen. Man hat Frühgemüse freigegeben. Trotzdem es in großen Quantitäten auf den Markt kam, wie nie zuvor, verschwand es rasch, weil die Leute kein Brot, keine Kartoffel, kein Fleisch bekamen (von Eier, Butter, Milch gar nicht zu reden, die schon längst nicht mehr zu haben waren) und daher ihren Hunger mit Gemüse stillen mußten.

Es gibt nur die Wahl zwischen Zwangswirtschaft oder freier Wirtschaft. Kehrt man zur letzteren nicht ehestens freiwillig (aber nicht auf goldenen Mittelwegen, sondern radikal) zurück, so wird die Rückkehr entweder im Wege einer ungeheuren Katastrophe erzwungen werden oder unsere ganze Volkswirtschaft geht samt dem Volk selbst total zu Grunde. Hat man das erkannt, dann muß heute die Frage entstehen: Wie stellt man es an, um ohne zu große Störungen des volkswirtschaftlichen Lebens wieder die freie Wirtschaft einzuführen? Da erscheint der von Prof. Sedlmayr gemachte Vorschlag als derjenige, welcher den gangbarsten Weg zeigt.[8]) — Dies

[8]) Der Sedlmayrsche Vorschlag besteht im wesentlichen darin, daß nur ein Teil der Ernte an den wichtigsten Brotfrüchten vom Bauern eingehoben wird, und zwar jener Teil, der notwendig ist, um die Nichtselbstversorger während des ganzen Jahres mit den allernötigsten Mengen an Brot, Mehl, Kartoffeln zu versorgen. — Der Staat verkauft das, was er auf diese Weise bei der Landwirtschaft sichert, zu einem festen Preis gegen Karten. Jeder Händler, der solches staatliches Mehl oder Brot zum Verkauf erhält, muß sich gegen Rückgabe der Karten ausweisen, daß er es zu dem ihm vorgeschriebenen Preis verkauft hat; Übertretungen werden allerstrengstens bestraft. — Der Staat kann dieses Mehl oder Brot zum Selbstkostenpreis oder auch höher oder auch unter dem Selbstkostenpreis verkaufen.

Alle übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bleiben in freier Bewirtschaftung, auf freiem Markt. Der Staat hat es in der Hand, durch eine richtige Regulierung des Verkaufes, durch eine entsprechende Preispolitik auch regulierend auf den freien Markt und auf die Preise der übrigen frei bewirtschafteten Artikel zu wirken. — Durch diese Einführung würde sich auch mit einem Schlag das Verhältnis zu Ungarn in Bezug auf die Nahrungsmittelversorgung regeln. Ungarn müßte natürlich eine

klingt wie ein Widerspruch, denn der Sedlmayrsche Vorschlag wird allgemein als ein Kompromiß zwischen freier Wirtschaft und Zwangswirtschaft angesehen. Das ist aber ein Irrtum; der Vorschlag ist kein Kompromiß, er sieht nur so aus wie einer. Er stellt tatsächlich die vollkommene Rückkehr zur freien Wirtschaft vor. — Das, was nach dem Vorschlag die Bauern abzugeben gezwungen sein werden, das hat nichts zu tun mit den heutigen Requisitionen, mit der heutigen Organisation und der schärferen Erfassung, sondern das stellt eigentlich weiter nichts dar als die Steuer, welche der Bauer in Zukunft zu zahlen hat und die in

---

ähnliche Einführung treffen und ist dazu leichter in der Lage als Österreich, da es ja eine viel größere landwirtschaftliche Produktion besitzt. Ohne irgend welche Zwangsmaßregeln — es würde nur die Grenze freigehalten werden müssen — käme das Getreide und Mehl aus Ungarn von selbst nach Österreich, denn die ungarischen Landesprodukte würden ja in Österreich einen besseren Markt finden als in Ungarn selbst, wo man in Friedenszeiten Überfluß daran hatte und froh war, wenn man dieselben exportieren konnte.

Der Sedlmayrsche Vorschlag müßte, wenn er helfen soll, bald nach der Ernte oder zur Zeit der Ernte, überhaupt sobald als möglich durchgeführt werden, bevor noch die Produktion weiter heruntergedrückt und willkürlich und unnatürlich verschoben ist. Ist einmal die landwirtschaftliche Produktion noch weiter verringert und desorganisiert, dann können natürlich auch die besten Vorschläge nichts helfen, denn wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren.

Das System Sedlmayr würde die Rationierung beibehalten. Das Prinzip der Rationierung, d. h. der beschränkten Rationierung (Sicherung des Existenzminimums zu gewissem Preis, wobei die Möglichkeit besteht, zu höherem Preis darüber noch mehr zu kaufen), verstößt nicht gegen das Prinzip der freien Wirtschaft. Solche beschränkte Rationierung wirkt nur modifizierend auf den freien Markt, insbesondere wenn sie die Regelung des Konsums nur nach einer Richtung, in der Sicherung nach unten, darstellt. Bei Durchführung des Sedlmayrschen Vorschlages würde jedem ein Minimum an den notwendigsten Lebensmitteln, vor allem an Brotgetreide, garantiert sein. Niemand käme in Gefahr, daß er ganz leer ausgeht; dagegen bestünde die Möglichkeit für jeden Einzelnen, bei Steigerung der Produktion (die nach der Reetablierung der freien Wirtschaft unbedingt eintreten wird) sich mehr zu verschaffen, über das ihm zugesicherte Minimalquantum hinaus.

Das System Sedlmayr gibt automatisch eine Prämie für Mehranbau. Für alles das, was der Bauer über drei Meterzentner am Hektar an Brotgetreide baut und abliefert, bekommt er den Marktpreis, der naturgemäß so hoch sein wird, daß er einen großen Anreiz für intensive Wirtschaft bildet.

Naturalien anstatt in Geld geleistet werden wird. — Nach Inkraftsetzung dieses Vorschlages wird es nicht lange dauern, bis einzelne Bauern ihre Naturalienabgabe, wenn sie statt dieser entsprechend in Banknoten zahlen, auch ablösen können, und der Staat wird das Getreide, welches er zur Versorgung Minderbemittelter braucht, für dieses so erhaltene Geld an anderen Orten, wo mehr produziert wurde, wo daher die Preise etwas zurückgingen und man gern Geld annimmt, beschaffen können. — Die Regierungsstelle, welche nach diesem Vorschlag in Zukunft bei den Bauern das Getreide einhebt, würde einen Getreidehandel im großen darstellen, der mit den übrigen freien Getreidehändlern oder -handlungen wird konkurrieren müssen, der aber allenfalls durch eine richtige Preispolitik den Markt im Interesse der Bevölkerung beeinflussen und vor großen störenden Schwankungen bewahren kann, so ähnlich wie in Friedenszeiten die Staatsbank den Geldmarkt beeinflußt. Auf dem ganzen übrigen Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und des Handels würde wieder die freie Wirtschaft, der freie Markt eingeführt werden.

Wie die Preise Produktion und Konsum beeinflussen, davon haben nur die Theoretiker keine Ahnung, die heute noch immer an einen weiteren Ausbau des Zwangssystems denken, weil sie sich nicht vorstellen können, daß die freie Wirtschaft im Krieg funktionieren könne. Wüßten sie Bescheid über die Funktion der Marktpreise, dann würden sie auch wissen, daß es kein besseres Mittel als diese gibt, um speziell im Kriege die Produktion zu erhöhen und den Konsum einzuschränken. Wir wissen, daß in Friedenszeiten ein geringer Zoll von drei bis vier Kronen pro Meterzentner, eine geringe Zollerhöhung von ein bis zwei Kronen pro Meterzentner schon einen ungeheuren Rückgang des Konsums verursachten, eine geringe Zollermäßigung großes Anwachsen des Imports, großes Anwachsen des Konsums. Jeder Praktiker weiß, daß in Friedenszeiten eine Steigerung der Fleischpreise von fünf bis sechs Heller per Kilo gleich einen ganz beträchtlichen Mehrauftrieb von Vieh auf den Märkten zur Folge hatte, einen Auftrieb, der sich in der kürzesten Zeit so steigerte, daß die Preise wieder zurückgehen mußten. — Bei der Entwertung des Geldes wird man die Preisschwankungen gegen früher multiplizieren müssen, wenn sie noch wirksam sein sollen, aber wirksam werden sie genau so wie früher bleiben.

Dr. Bendixen sagt:

„Der Dienst aber, den der sich frei bildende richtige Preis der Wirtschaft leistet, besteht in dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Ist der Preis zu hoch, d. h. übersteigt er die Zahlungswilligkeit der Käufer, so bleibt die Ware unverkauft; wird sie zu billig ausgeboten, so bleiben Käufer unbefriedigt, für die die Ware einen höheren Wert gehabt hätte. Auch die Spekulation, die in Voraussicht künftiger Knappheit Ware aufkauft und einschließt, dient dem Wohle der Gesamtheit — trotz allen Wuchergeschreis. Der „richtige" Preis verhütet zugleich die Unverkäuflichkeit wie die Verschleuderung der Ware.

Der richtige Preis aber leistet noch mehr. Er zeigt zugleich an, ob an einer Ware Überfluß oder Mangel herrscht. Der Produzent oder Importeur berechnet die Kosten der Warenherstellung oder Warenbeschaffung und vergleicht sie mit dem Marktpreis. Ist dieser vergleichsweise niedrig, so wird er warten, ist er hoch, so wird er sich beeilen, dem Markte neue Ware zuzuführen. Man sieht, ein wie zweischneidiges Ding das künstliche Herabdrücken der Preise ist. Man verhindert damit die Warenzufuhr, die der hohe Preis bewirken würde."

Diejenigen Leute in einem Staat, die sich über alle Preisschwankungen hinwegsetzen und jederzeit einkaufen können, was ihnen beliebt, die sind namentlich in Österreich so wenig, daß sie für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung keine Gefahr bilden. Ob das $1/2$ oder 1% wirklich reiche Leute das Vielfache dessen auf einmal kaufen, was sie tatsächlich brauchen würden, das macht auf die Versorgungsmöglichkeit der anderen 99% keinen Eindruck. — Dabei ist noch folgendes zu bedenken: Warum haben reiche Leute sich Vorräte angeschafft, warum tun sie dies heute noch? Weil sie eben infolge der Desorganisation unseres Wirtschaftslebens durch die Zwangswirtschaft ebenso wie die ganze übrige Bevölkerung von einer Panik erfaßt wurden. Diese Panik war nicht da zu Anfang des Krieges; damals wurden die wenigen Leute, welche sich mit Vorräten versahen, wegen ihrer Ängstlichkeit ausgelacht, man betrachtete ihre Handlungsweise als krankhaft. Die Panik kam erst über die Bevölkerung, als man sah, daß die Bauern angesichts der Drangsalierungen, denen sie ausgesetzt waren, nichts mehr in die Stadt bringen wollten und daß die Zwangsinstitutionen, welche die Nahrungsmittel aufbringen sollten, diese nicht in ge-

nügender Menge aufbrachten oder dieselben in der unzweckmäßigsten Weise verteilten, unerhörte Vergeudung trieben und daß die Verderbnis der Waren immer größere Dimensionen annahm. — Nochmals muß gesagt werden, man kann es nicht oft genug sagen: Bestünde freie Wirtschaft, so hätte man niemals Panik, die Preise wären wohl hoch, jedoch bei weitem nicht so hoch, wie die heutigen Schleichhandelspreise; man würde aber das, was man braucht, auch wirklich bekommen.[9])

Die Frage, ob freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft, steht in innigem Zusammenhang mit der Frage der finanziellen Sanierung und des finanziellen Wiederaufbaues unseres Staatswesens.

Der Staat wird, um aus seiner jetzigen Finanznot herauszukommen, nicht nur an allen Ecken und Enden sparen, er wird auch trachten müssen, durch eine strenge, dabei gesunde Steuerpolitik möglichst viel an Steuern einzunehmen. Steuern bekommt man aber nur von einem Ertrag; der Staat muß also den Ertrag der Wirtschaft, er muß die Produktion heben. —

Wie wir gesehen haben, sind Höchstleistungen auf wirtschaftlichem Gebiet nur bei freier Wirtschaft möglich, wohingegen Zwangswirtschaft die Produktion allmählich zum Verschwinden bringt. Auch für den Staat, der hohe Steuern, daher hohe Erträge, mit einem Wort Höchstleistungen auf wirtschaftlichem Gebiete braucht, kann es daher keine Zweifel darüber geben, für welches System er sich einzusetzen hat, ob für die Zwangs- oder die freie Wirtschaft.[10])

---

[9]) Trotzdem die praktische Erfahrung lehrt, daß der Marktpreis allein Produktion und Konsum richtig regelt, so könnte man ruhig die Rationierung beibehalten, wenigstens als vorübergehende Maßregel und als Beruhigung für die große Masse der Bevölkerung, die glaubt, daß bei steigenden Preisen und etwas Knappheit der Waren gegenüber den Friedensverhältnissen die reichen Leute alles aufkaufen würden, so daß der unbemittelten Bevölkerung nichts übrig bleibt. — Die Rationierung, d. h. staatliche Vorschreibung, wieviel jeder zu verzehren habe, wenigstens von den wichtigsten Nahrungsmitteln (von Brotgetreide und von Fleisch), verstößt nicht gegen das Prinzip der freien Wirtschaft. Die Rationierung ist nur ein Faktor, der modifizierend und regelnd auf den freien Markt einwirkt.

Die Rationierung ist nicht zu vergleichen mit der behördlichen Festsetzung der Preise. Während erstere modifizierend wirkt, schaltet letztere Maßregel die freie Wirtschaft gänzlich aus.

[10]) Dr. G. W. Schiele, der bei seiner bekannten politischen Stellung

Ebenso wichtig wie für die Steuerpolitik des Staates ist aber die Frage für die Valutapolitik, für Export und Import.

Wie Wahnideen ansteckend wirken und allmählich die ganze Bevölkerung ergreifen, so ist es auch mit der Idee der Zwangs-

---

und seiner nationalen Gesinnung wohl niemals in den Verdacht kommen kann, entente- oder englandfreundlich zu sein, schreibt:

„In einem Tagesbericht von Calwer las man, daß die Engländer im Jahre 1917 850.000 Tonnen Weizen und 3 Millionen Tonnen Kartoffel mehr geerntet haben als 1916. Die berühmte Rede Lloyd Georges vom Februar 1917, in der er sein landwirtschaftliches Programm entwickelte — intensivste Arbeit, Nachtarbeit mit Hilfe von Scheinwerfern, Mindestpreis für Bodenprodukte (das Gegenteil von Höchstpreisen), Mindestlöhne usw. — ist ja noch bekannt. Ebenso bekannt dürfte die Kritik unserer Tagespresse sein, welche die Rede als echt englischen Bluff bezeichnete. Uns fehlt ein Mann wie Lloyd George, der mit Energie die Erzeugung beim Schopfe packt und, ohne lange zu fragen, einfach an die Arbeit gehen heißt. Das ist nun der Erfolg der Tat gegen den Erfolg der Schreibstube. Vergleicht man daneben die Arbeit unseres Kriegsernährungsamtes, so kommt es einem beinahe kindisch vor. Da sitzen ernsthafte Leute mit einem riesenhaften Stab von erlesenen Mitarbeitern. Ausgesuchte Köpfe mit unendlichen Beamtenheeren, mit Machtmitteln, Vollmachten und Hilfen aller Art. Und was machen sie? Sie verteilen! Sie erwägen, verordnen, verfügen, beraten, sie lassen sich Berichte erstatten, sie befassen sich mit allen Schlichen des Schleichhandels — und sie sitzen hilflos wie kleine Kinder in ihren Amtsstuben, ohnmächtig trotz aller sie umgebenden Glorie. Dagegen ruft Lloyd George, der ebensoviel von Ackerbau und Viehzucht versteht wie die Herren in den Berliner Ämtern oder noch weniger, einfach die Männer auf, die fähig sind, das auszuführen, was er sich als möglich ausgedacht hat.

Wo ist der deutsche Landwirtschaftsminister, der die Leistung der Erzeugung auf die äußerste Höhe brächte? Unsere führende liberale Presse erklärt mit einem Lächeln der Befriedigung, daß die deutsche Landwirtschaft eben nicht ausreicht zur Versorgung des Volkes, während es doch sonnenklar ist, daß sie ausreichen muß.

Wenn man heute den Leuten erklärt, daß wir bei dem riesigen uns zur Verfügung stehenden Gebiet in Getreide und Futtermitteln, in Hanf und Flachs, in Wolle und Öl geradezu schwimmen müßten, so begegnet man nicht nur unglaublicher Verständnislosigkeit, man läuft auch Gefahr, als verrückt angesehen und ins Irrenhaus gesteckt zu werden. Da sind so unendlich viele bequeme Ausreden, daß man gar nicht dazu kommt, an die erzeugende Arbeit zu denken. Was erreicht werden kann, das haben uns die Engländer gezeigt. Wir können die Tatsache feststellen und können sie nur unendlich bedauern.

Unsere Überzeugung ist, wenn das deutsche Volk sich nicht entschließt, sein Brotkorn so hoch zu bezahlen wie das französische Volk, das englische

wirtschaft. Nicht genug, daß man die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Produkten allmählich unmöglich macht, die einheimischen Produkte zum Verschwinden bringt, geht man nun auch daran, demselben System, das diese traurigen Folgen zeitigte, unsere zukünftigen Beziehungen zum Ausland, unseren Import, unseren Export zu unterwerfen. Zahlreiche und sehr mächtige Interessen sind am Werke, um sich auf diese Weise eine ebensolche Stellung für die Zukunft zu verschaffen, wie sie der große bureaukratische Körper hat, der sich der internen Wirtschaft bemächtigte. Eine ganz unerhörte Idee wurde gefaßt und wird auch ausgeführt werden (falls sich die berufenen Praktiker und auch Männer der Wissenschaft nicht rechtzeitig zur Wehr setzen), die Idee, die Valuta dadurch zu sanieren oder auf einem halbwegs richtigen Niveau zu erhalten, daß man den Import beschränke, von Staats wegen klassifiziere, kontingentiere u. dgl.

Die Leute, welche solche Ideen ausdachten, haben keine Ahnung von den primitivsten praktischen volkswirtschaftlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Lehren. Nie und nimmer wird man die Valuta erhalten können durch Beschränkung, staatliche Regelung des Imports und ebensolche Regelung des Exports! Glaubt denn jemand, daß eine solche Importbeschränkung nicht repressive Maßregeln von Seite des Landes oder der Länder hervorrufen wird, welche durch diese Importbeschränkung betroffen sind? Glaubt jemand, daß die Welt es ruhig gestatten wird, zu exportieren, wohin wir wollen, wenn wir nicht gleichzeitig importieren? Glaubt man, daß die Welt sich diktieren lassen wird, etwa so: Erst wenn ihr von uns so und so viel bestellt habt, werden wir

---

Volk das Schweizer Volk sein Brot bezahlt, so wird es von Jahr zu Jahr immer weniger haben und wird mit der Brotkarte den Krieg verlieren. Wenn es auf die Höhe des Marktpreises zu gehen sich entschließt, so wird es aus Rumänien, aus der Ukraine und ganz besonders vom eigenen Boden steigende Ernten haben. Das Areal zur Volksernährung ist da, es fehlt nur der gute Wille des Verbrauchers, der Erzeugung zu geben, was sie braucht. Will man bei der Landwirtschaft etwas erfassen, so muß man vorher düngen mit guter, vollwertiger Valuta. — Daß man die Erzeugung durch patriotische und soziale Aufklärung antreiben könnte, ihr Äußerstes zu leisten, ohne den volkswirtschaftlich richtigen Preis zu zahlen, das ist der Aberglaube von Volksschullehrern, d. h. von törichten; denn es gibt auch recht kluge, wie man an Lloyd George sieht."

von euch wieder bestellen? Glaubt man, daß sich dieser Ausgleich zwischen Export und Import im Wege staatlicher Ämter bewerkstelligen läßt?

Das Gegenteil von alledem, was jetzt geplant ist, müssen wir machen, um unsere Valuta zu bessern. Wir müssen den Import ganz frei lassen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um mehr oder weniger wichtige Artikel handelt. Die Klassifizierung derselben, die Zuteilung des Frachtraumes nach der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, das kann lediglich die freie Wirtschaft, der freie Markt besorgen. — Es besteht keine Gefahr, daß wir unnütze Artikel in zu großen Mengen importieren, solange großer Bedarf an viel wichtigeren vorhanden ist. Die Valuta wird allenfalls bei einem stark einsetzenden Import weiter sinken, aber die schlechtere Valuta trägt in sich auch schon ihr eigenes Heilmittel; die schlechtere Valuta regt nämlich den Export so ungeheuer an, wie kein anderes Mittel, und bald wird in viel stärkerem Maße, als man importierte, der Export einsetzen. Dies ist ja auch ganz natürlich. Letzten Endes muß die Bezahlung in Gütern erfolgen; das Ausland hat kein Interesse daran, für seine Waren Papiergeld zu erhalten. Das Papiergeld hat an und für sich keinen Wert, es ist eine Anweisung auf Güter von wirklichem Werte, vornehmlich auf Konsumgüter. Endlich und schließlich müssen eben wirkliche Werte, also Konsumgüter, geliefert werden.

Wir haben gesehen, was trotz allen Zwanges unsere Produktion bei verminderten Arbeitskräften, unter erschwertesten Bedingungen leisten kann; wir haben gesehen, welcher ungeheuren Leistungen trotz der Schwierigkeiten des Krieges sie fähig ist, läßt man ihr nur die freie Initiative und die Aussicht auf entsprechenden Gewinn. Wir haben dies gesehen bei jenen Industrien, bei jener Produktion, die von der Zwangswirtschaft verschont blieb. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß bei den großen Gewinnchancen, die allein durch die bedeutend verschlechterte Valuta geboten sind, unser Export in der kürzesten Zeit in die Höhe gehen und damit auch unsere Valuta wieder auf die gleiche Höhe gebracht wird. Grundbedingung hiefür aber ist, daß der Staat von allen diesen Dingen seine Hand fernhält.

Würde das ausgeführt werden, was jetzt unter dem Namen „Übergangswirtschaft" unsere Volkswirtschaft bedroht, dann würde unsere Valuta nicht besser, sondern

nur noch weit schlechter werden. Wir treiben dann überhaupt dem Ruin entgegen.

Wer unsere jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse unter den vorangeführten Gesichtspunkten betrachtet, wer gründlich das Wesen der Zwangswirtschaft und der freien Wirtschaft erfaßt hat, der weiß, daß es nur einen Weg gibt, der vor der endlichen Katastrophe rettet, ein Weg, der aber immer schwerer und schwerer zu beschreiten sein wird, je länger man zuwartet, das ist die vollkommene Reetablierung der freien Wirtschaft auf allen Linien.

Anhang.

Verteuerung der Waren durch den Zwischenhandel.

Ein Schlagwort, das große Verwirrung angerichtet hat und vielleicht sehr viel dazu beitrug, daß bei uns die Zwangswirtschaft eingeführt wurde, ist das von der Verteuerung der Waren durch den Zwischenhandel. Dr. Bendixen sagt darüber:

„Der volkswirtschaftliche Wert des Großhandels besteht darin, daß er die Ware auf dem kürzesten und billigsten Wege von dem Produzenten zum Kleinhändler an den Ort des Verbrauchs schafft. Je billiger ihm die Ware am Ankunftsort einsteht, um so günstiger kann er seinen Kunden bedienen. Der ganze Wettbewerb des Handels drängt also auf Verbilligung der Ware, natürlich nicht um der schönen Augen des Kunden willen, sondern im eigenen Interesse des Kaufmannes, der sich leistungsfähiger zeigen will als seine Konkurrenz und dadurch sein Geschäft und seinen Gewinn vergrößert. Erfahrung, Intelligenz, Geschäftsgewandtheit, Initiative sind dieser, ebenso das eigene wie das Wohl der Gesamtheit fördernden Tätigkeit dienstbar gemacht. Alle diese Kräfte liegen nun brach. Die Vertreter von Überschußkreisen handeln mit den Vertretern von Bedarfskreisen zu festen Preisen ohne Qualitätsunterscheidung, und die Kartoffeln machen lange Eisenbahnreisen.

Werden aber die Überschußkreise auch alles, was sie geben können, den Bedarfskreisen zur Verfügung stellen? Der Wille wird ja gewiß da sein. Aber jeder Kreisvorsteher hat das Recht und die Pflicht, zunächst für seinen eigenen Kreis zu sorgen, und wird dessen Bedarf lieber zu hoch als zu niedrig berechnen. Daraus ergibt sich dann ein gewisser Überfluß, der auf der andern Seite einen Mangel hervorrufen wird, weil doch nun einmal nur gerade genug für alle da ist.

Der Kleinhandel.

Von den Kleinhändlern wußte die alte Lehre zu melden, daß sie die Funktion der sorgfältigen Aufbewahrung für die Hausstände erfüllten. Ihr eigenes Interesse und ihre Sachkenntnis sorgten dafür, daß so wenig wie möglich zu Grunde gehe. Das neue System sucht sie nach Möglichkeit auszuschalten und überläßt die Vorräte ungeübten Händen.

Das ist das gewichtigste Moment in der neuen Wirtschaftsordnung, daß kein individuelles Vermögensinteresse mehr an der Erhaltung und Beschützung der Ware beteiligt ist."

Roscher über die Preissteigerung zu Kriegszeiten.

Roscher sagt in seinem Werk „National Ökonomie" über die Preissteigerung zu Kriegszeiten:

„Ein Staatsmann, welcher die Preise künstlich zu drücken sucht, statt das Verhältnis zwischen Bedarf und Vorrat günstiger zu gestalten, ist genau in demselben Sinne Quacksalber wie ein Arzt, welcher heilsame kritische Ausscheidungen mit roher Gewalt zurückdrängt. Insgemein wird selbst der nächste Zweck, Erniedrigung der Preise, durch solche Maßregeln vollständig verfehlt. Am grellsten beim sogenannten Maximum. Setzt die Regierung vorsichtshalber diesen Preis höher an als der laufende Marktpreis, so pflegt der letztere sofort bis zur Grenze des Erlaubten emporzuschnellen. Ist aber das Maximum darauf berechnet, die Preise schon jetzt herabzudrücken, so halten sich alle Kornbesitzer möglichst vom Markte zurück. Nun werden neue Gesetze nötig, daß niemand Vorrat halten darf usw., und ein Schreckensystem von Inquisitionen und Strafen, um sie durchzuführen. Gleichwohl ist man doch zuletzt außer stande, der vielen Privaten, die nur ihr Eigentum schützen wollen, Herr zu werden. Die Märkte bleiben leer. Die meisten Korngeschäfte werden heimlich abgeschlossen, zu dem höheren natürlichen Preise, welcher nun aber noch durch die Assekuranzprämie für den Fall der Entdeckung und Bestrafung gesteigert wird."

Ferner:

„Das natürlichste und wirksamste Heilmittel gegen Teuerung ist ein lebhafter, intelligenter und kapitalreicher Kornhandel. Übernimmt der Staat selbst oder der Grundeigentümer neben ihren sonstigen Geschäften die gegenseitige Ernte-Assekuranz der Distrikte und Jahre, so tun sie es eben auch als Kornhändler, und zwar, nach dem Prinzip der Arbeitsteilung, in der Regel weit unvollkommener und teurer als Personen, welche den Kornhandel zu ihrem Lebensberufe gemacht haben. Wie mangelhaft werden sich ohne geeignete Mittelspersonen Angebot und Nachfrage begegnen! Die Not, hier vielleicht des Produzenten, dort des Konsumenten, wird die Preise oft zur Sache des barsten Zufalls machen, ohne irgend Rücksicht auf Bedarf und Vorrat im allgemeinen. Welche Unzahl vergeblicher Wege und Transporte wird dem ganzen Geschäfte

dadurch aufgebürdet, was den Preis der Ware bedeutend steigern muß, wenn nicht nominell, in Geld ausgedrückt, so doch reell. — Selbst nach einer Mißernte läuft der wahre Nutzen des Kornhändlerstandes mit dem des Publikums in derselben Richtung. Beide sind gleichmäßig dabei interessiert, daß immer die geeigneten Kornmassen auf den Markt kommen und zum geeigneten Preise verteilt werden. Was ‚geeignet' ist, beantwortet sich aus dem Verhältnisse des Vorrates zum augenblicklichen und künftigen Bedarf. Brächte der Kaufmann aus irriger Spekulation oder mißverstandener Menschlichkeit mehr auf den Markt und zu wohlfeileren Preisen, so hätte das Publikum zwar augenblicklich mehr Genuß davon, würde nachher aber statt der Teuerung eine Hungersnot leiden; der Kaufmann zugleich verlöre an seinem Gewinn. Käme zu wenig auf den Markt und zu teuer, so behielte der Spekulant einen zu großen Teil seines Vorrates für sich, der infolge der nächsten guten Ernte fast preislos werden könnte. Selbst das ‚Aufkaufen' während der Teuerung braucht nicht gemeinschädlich zu sein. Die Preise stehen zwar hoch, aber nach der Ansicht des Spekulanten noch nicht so hoch, wie es die wahre Lage des Marktes fordert. Er kauft nur, weil er ein Steigen erwartet, d. h. weil er vorauszusehen glaubt, daß die Fortdauer des gegenwärtigen Verbrauches die Not verschlimmern würde. Der Verkäufer hegt die entgegenstehende Ansicht. Wer bei dieser Disputation über die wahre Lage des Marktes Recht gehabt, wird sich unzweifelhaft erst am Schlusse der Notzeit herausstellen. Die falsche Spekulation rächt sich alsdann bei jenem durch positiven Verlust, bei diesem durch entgangenen Gewinn. Für das Publikum ist es, wenn Irrtümer ja unvermeidlich, gewiß besser, daß zu viel, als zu wenig Vorsicht geübt werde: ein Fehler im ersten Fall beschwert es freilich mit unnötigen Entbehrungen, aber im zweiten Fall möglicherweise mit Hungertod. — Alle diese Regeln sind um so maßgebender, je mehr der Kornhandel nicht allein rechtlich frei, sondern auch tatsächlich von lebhafter Konkurrenz gespornt und gezügelt ist."

Judikatur nach der Preistreibereiverordnung.

Es sei hier eine charakteristische Zuschrift an den Verfasser veröffentlicht, die sich mit der Judikatur nach der Preistreibereiverordnung befaßt:

„. . . Eine Gerichtsverhandlung ist mir in besonderer Erinnerung. Ein eingerückter Landwehrmann stand vor dem Gerichtshof, weil in seinem Gemischtwarengeschäft ein Artikel etwas zu hoch verkauft wurde. Sein Verteidiger machte geltend, daß das Personal des Kaufmannes in seiner Abwesenheit die Überschreitung begangen hat, er somit nichts dafür könne. Der Richter ließ das nicht gelten, der Kaufmann sei doch verantwortlich, da der Gewinn in seine Tasche gefallen ist. Vor der Urteilsfällung erhob sich der Staatsanwalt und beantragte eine strenge Strafe; als besonders erschwerend hob er hervor, daß das Ver-

gehen in gewinnsüchtiger Absicht begangen wurde. — Das ist doch stark, einem Kaufmann vorzuwerfen, daß er seine Waren in gewinnsüchtiger Absicht verkaufe! Ist es nicht seine Pflicht, ist es nicht sein Beruf, in gewinnsüchtiger Weise sein Geschäft zu führen? Tut er es nicht, ist er ein dummer Kaufmann, dann gerät er in Konkurs und wird von demselben Staatsanwalt wegen fahrlässiger Krida angeklagt. — Und was soll überhaupt der Vorwurf ‚in gewinnsüchtiger Absicht'? Wählt nicht jeder seinen Beruf in gewinnsüchtiger Absicht, nicht jeder Beamte, nicht der Herr Staatsanwalt selbst? Sucht nicht jeder Beamte in eine höhere Rangklasse vorzurücken, um größeren Gehalt und größere Pension zu bekommen? Also ebenfalls in gewinnsüchtiger Absicht. Wehe dem Lande, dessen Einwohner, welcher Kategorie immer, keine gewinnsüchtigen Bestrebungen haben!"

Statistik über Ernte und Erfassung.

Der Ertrag an Weizen, Roggen, Gerste und Mais in Österreich betrug:

im Durchschnitt der Friedensjahre 1904—13 rund	60,000.000 q
„ Jahre 1915/16	35,000.000 q
„ „ 1916/17	31,000.000 q
„ „ 1917/18	26,000.000 q

Daß diese Ziffern nicht zutreffen, daß die Produktion von 60 Millionen Meterzentner im Frieden nicht auf 26 Millionen Meterzentner zurückgegangen ist (während sie z. B. in England trotz der Mobilisierung, trotz der Entvölkerung des Landes durch Aushebungen auf mehr als das Doppelte stieg), das weiß jeder Landwirt, der die Verhältnisse bei uns genau kennt. Diese Ziffern stellen eben die Angaben dar, welche von der Landwirtschaft gemacht wurden und die unter dem Druck endloser Requisitionen zu stande kamen.

Die von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt tatsächlich erfaßten Brotgetreidemengen (Weizen, Roggen, Gerste und Mais) belaufen sich pro

1915/16 auf	11,700.000 q
1916/17 „	9,800.000 q
1917/18 „	7,600.000 q

Der Import ist von zirka 13 Millionen Meterzentner im Jahre 1915/16 auf 4 Millionen Meterzentner im Jahre 1916/17 und auf 2·5 Millionen Meterzentner im Jahre 1917/18 zurückgegangen. Naturgemäß! Das System der künstlich niedergehaltenen Preise kann auf das Ausland (in unserem Falle auf Ungarn) doch keinen Anreiz für den Export nach Österreich ausüben.

Dazu sagt Prof. Sedlmayr:

„Die bis zur äußersten Grenze verschärften Requisitionen hatten demnach das Ergebnis gezeitigt, daß die aufgebrachten Brotgetreidemengen innerhalb der letzten drei Kriegsjahre um 35% gesunken sind.

Man überblicke nur flüchtig die Verhältnisse, die durch das herr-

schende System der Getreideaufbringung geschaffen wurden. Die Landwirtschaft leidet schwer unter den endlosen Requisitionen; es fehlt jeder Anreiz zur Produktion; der Schleichhandel mit Getreide blüht; ein großer, teurer Apparat wird aufgewendet, um vollkommen unzutreffende statistische Daten über die Ernteergebnisse zusammenzutragen. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist in der Landwirtschaft nur noch bei Überschreitung der Vorschriften möglich und die gesetzwidrige Verwendung des Getreides wird mit hohen Prämien belohnt. Dabei wächst das Ernährungselend von Jahr zu Jahr und greift auch schon auf die Landwirtschaft über."

Der Bedarf der Nichtselbstversorger wäre mit 15 Millionen Meterzentner leicht zu decken, und zwar so, daß tatsächlich alle das gleiche Quantum bekommen und nicht wie jetzt, wo ein großer Teil bei der staatlichen Versorgung leer ausgeht. — Wie wir aus der Statistik sehen, wurden im letzten Jahr aber nicht 15 Millionen, sondern nur 7·6 Millionen Meterzentner erfaßt, also gerade die Hälfte. Wenn man nun auch die jährlich immer geringer werdende Einfuhr aus Ungarn in Betracht zieht, so hätte noch immer ein Teil der Bevölkerung glatt verhungern müssen, wäre nicht der Schleichhandel gewesen, der weiter nichts darstellt als die Selbsthilfe der Natur, die Reetablierung der freien Wirtschaft, aber auf gesetzlich unerlaubte Weise.

Türkei und Rußland als Beispiele gegen die Zwangswirtschaft.

Als Beweis dafür, daß die freie Wirtschaft im Krieg versagen muß, wird vielfach auch das Beispiel der Türkei und Rußlands angeführt. Diese Beispiele beweisen nichts gegen, sondern sehr viel für die freie Wirtschaft.

Die Türkei besaß im Frieden keine Volkswirtschaft, die mit unserer Industrialisierung und Organisation auf allen Gebieten irgend einen Vergleich aushalten könnte. Die Türkei befand sich bis zum Kriegsausbruch in mittelalterlichen Zuständen. Wäre aber auch das Land auf einer höheren Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung gestanden, so hätte es seine Bevölkerung im Krieg nicht ernähren können, denn die europäische Türkei (und von der ist ja hauptsächlich die Rede) stellt ein kleines Gebiet dar, das nicht einmal im Frieden seine Bevölkerung ernähren konnte. Es war auf die Zufuhr zur See angewiesen. Diese Zufuhr wurde größtenteils unterbunden, die spärlichen kleinasiatischen Eisenbahnen, die im Frieden nicht ausreichten, waren im Krieg gänzlich unzulänglich und funktionierten für die Zwecke der Nahrungsmittelversorgung so gut wie gar nicht. Außerdem aber versammelte sich der größte Teil der ottomanischen Armee während des Krieges in der europäischen Türkei, nebst großen Teilen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Armeen. Die Versorgung der Zivilbevölkerung war unter solchen Verhältnissen überhaupt ausgeschlossen. Die Truppen nahmen, da die Versorgung mangels entsprechender Verkehrsmittel eine gänzlich unzulängliche war, alles, was sie brauchten, für sich in Anspruch und natürlich blieb dann für die Zivilbevölkerung

nichts übrig. Wo nichts vorhanden ist, da kann natürlich auch die freie Wirtschaft nichts hervorzaubern. Diese wird sich nur dort bewähren können, wo durch angestrengtes Zusammenarbeiten aller freien Kräfte eine Produktionserhöhung, eine bessere Ausnützung aller Verkehrsmittel und eine rationellere Gebarung möglich erscheint.

Die Ernährungsschwierigkeiten Rußlands sind keine Folge des Versagens der freien Wirtschaft gewesen, sondern lediglich auf den Mangel, auf die Desorganisation der Verkehrsmittel zurückzuführen; ja, man kann sagen, Rußland ist ein Beweis dafür, daß die freie Wirtschaft sich auch im Kriege bewährt und daß die Zwangswirtschaft im Kriege versagen muß. Bis Ende 1916 hat dort freie Wirtschaft bestanden. Trotz der vollständigen Desorganisation der Verkehrsmittel, trotzdem das Militär auf die Zivilbevölkerung und deren Versorgung keine Rücksicht nahm, sondern die Eisenbahnen lediglich für sich beanspruchte, trotzdem die Schnellzüge mit 50- bis 60stündigen Verspätungen ankamen, war die Versorgung bis Ende 1916 eine ganz gute. Die Preise für Brotmehl u. dgl. waren höher als im Frieden, aber ganz leidliche; man zahlte für ein Pfund Brot 4½ bis 6 Kopeken. Die ganze Bevölkerung, arm und reich, bekam, was sie brauchte. — Ende 1916 begann die Unzufriedenheit wegen der hohen Brotpreise. Brot spielt bei der Ernährung des russischen Volkes eine viel wichtigere Rolle als bei der Ernährung unserer Bevölkerung, es bildet das Hauptnahrungsmittel und wird in großen Mengen genossen. Der damalige russische Brotpreis, der für uns heute niedrig erscheint, war jedoch für Rußland, respektive für die Regierung eine Gefahr. Um nun diese Gefahr abzulenken, um es dem Volke zu ermöglichen, ebensoviel Brot wie früher zu verzehren, ohne dafür mehr ausgeben zu müssen, griff man zu dem verkehrtesten Mittel, man führte die Zwangswirtschaft ein. Ebensowenig wie Volk und Behörden es bei uns begriffen, hat man es in Rußland begriffen, daß die Preissteigerung einerseits nötig ist, um den Konsum zu beschränken und um die weitere Ernährung der ganzen Bevölkerung zu ermöglichen, daß die Preissteigerung andrerseits wieder eine entsprechende Erhöhung der Produktion bewirken müsse. — Die Folgen der Einführung der Zwangswirtschaft waren katastrophale. Das Volk empfand den Preis von 4½ bis 6 Kopeken für das Pfund Brot als sehr hoch und drückend. In kürzester Zeit stiegen die Preise trotz Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahmen und allen den Dingen, die wir hier aus eigener Erfahrung kennen, auf das Zehnfache, auf 40 bis 50 Kopeken, und während bis Ende 1916 die gesamte Bevölkerung, arm und reich, ernährt werden konnte, erhielten auf einmal Millionen von Menschen, namentlich die Einwohner in den Städten, überhaupt nichts mehr zu essen und Hungersnot setzte ein. — Wenn früher in einem Distrikt infolge des gänzlichen Versagens der Eisenbahnen die Nahrungsmittel knapp wurden, so half man sich mit Pferdefuhrwerk. Dieses kam teuer, aber die Nahrungsmittel konnten das vertragen. End-

lich und schließlich war die durch das Pferdefuhrwerk bei einem Pfund Brot hervorgerufene Preissteigerung keine so besondere. — Auf der Strecke Wjatka—Kasan, das ist jene Strecke, auf der die zur Deportation Verurteilten nach Sibirien wandern mußten, gibt es keine Eisenbahnen, sondern nur Pferdefuhrwerk. Die Strecke ist 400 Kilometer lang. Trotzdem vollzog sich der Lebensmittelverkehr, der Ausgleich zwischen Bedarf und Überschuß, in Friedenszeiten wie im Krieg klaglos. Mit der Einführung der Zwangswirtschaft wurde auf einmal dieser ganze Verkehr lahmgelegt. Die Kutscher waren gewöhnt, beim Pferdewechsel in den zahllosen Teehäusern längs dieser Strecke ihre Mahlzeiten einzunehmen und die Pferde zu füttern. Plötzlich hatten diese Teehäuser weder Brot noch Futter. Zu den behördlich fixierten Höchstpreisen bekam man nichts, der Schleichhandel wurde strenge bestraft und so blieb denn nichts übrig, als die Teehäuser zuzusperren. Mit einem Male bekamen jene Distrikte, deren Versorgung über diese Strecke bisher bewerkstelligt wurde, keine Nahrungsmittel. — So und ähnlich ging es im ganzen Reich. In unzähligen Distrikten brach die Hungersnot aus. Die endlichen Folgen sind bekannt: auf die Hungersnot folgte die Revolution.

Die französische Revolution und die Zwangswirtschaft.

Es gibt Theoretiker, vornehmlich solche, die, sei es direkt oder indirekt, mit unserer jetzigen Zwangsorganisation in Verbindung stehen, welche in gänzlicher Unkenntnis der Lehren der Geschichte und ahnungslos bezüglich der Folgen ihrer Ratschläge für eine noch straffere Organisation und eine schärfere Erfassung eintreten.

Sie wissen nicht, daß alles das, was sie heute vorschlagen, vor 125 Jahren in Frankreich gemacht wurde, und zwar genau so, mit denselben Begründungen, mit denselben Schlagworten. Was man damals in Frankreich einführte, war ursprünglich nicht eine Folge der Not, sondern bedeutete die Verwirklichung der Ideen der Jakobiner: staatliche Kontrolle der ganzen Volkswirtschaft, gleichmäßige Verteilung der Güter, behördlich bestimmte Höchstpreise, Ausschaltung des persönlichen Interesses an der Erzeugung, an der Verteilung. Die Folgen waren genau dieselben, wie sie unsere Preistreibereiverordnung vom 1. August 1914 samt den darauffolgenden Zwangseinrichtungen zeitigte: Verschwinden der Waren, Kettenhandel, Schleichhandel, immer größer werdende Not, Anstellen vor den Bäcker- und Fleischerläden ganze Nächte hindurch, endlich und schließlich immere straffere Organisation und schärfere Erfassung. Trotz aller dieser Mittel kam immer mehr der Schleichhandel auf und man bekam bei den staatlichen Stellen immer weniger zu den Höchstpreisen zu kaufen. Zum Schluß setzte man auf das Überschreiten der Höchstpreise die Todesstrafe und auch diese drakonische Maßregel verhinderte nicht die weitere Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse, bis endlich nach jahrelanger Andauer der Zwangs- und Schreckenswirtschaft, nach beinahe gänzlicher Vernichtung des wirtschaftlichen Lebens, die schaffende, die erwerbende Bevölkerung mit Gewalt

das System abschüttelte und zur freien Wirtschaft entgegen den behördlichen Bestimmungen zurückkehrte. Von da an setzte eine langsame, aber stetige Besserung ein und innerhalb ein bis zwei Jahren war das Land wieder im stande, sich selbst zu ernähren.

Hippolyte Taine über die Folgen der Zwangswirtschaft zur Zeit der französischen Revolution.

Hippolyte Taine, der berühmte Geschichtsschreiber der französischen Revolution, sagt in seiner „Geschichte von der Entstehung des modernen Frankreichs", Teil II, Bd. III, folgendes:

Es gibt anscheinend nichts einfacheres und in Wirklichkeit nichts verwickelteres als den physiologischen Hergang, durch welchen im organisierten Leben die geeignete und kräftigende Nahrung sich den unzähligen, so verschieden und so weit voneinander entfernten Zellen gerade dann und da darbietet, wo es nottut. Ganz entsprechend ist auf den ersten Anblick nichts einfacher und in Wirklichkeit nichts verwickelter als der ökonomische Hergang, durch den im sozialen Körper die Lebensmittel und die anderen durchaus nötigen Dinge von selbst auf allen Punkten des Gebietes den Verbrauchern zu Gebote gestellt werden. Das ist der Fall, weil im Gesellschaftskörper wie im einzelnen Organismus dem Schlußakt eine ganze Anzahl von anderen passend angeordneten vorangehen muß. Man betrachte einen Augenblick diese kostbaren ökonomischen Organe und die Art, wie sie arbeiten. In einer irgendwie zivilisierten und mit Lebensfrüchten ausgerüsteten Gesellschaft stehen in erster Linie die Besitzer der durch alte und neue Ersparnisse angehäuften Reichtümer, d. h. die Eigentümer der großen oder kleinen Werte in Geld, Papier oder Naturprodukten, welche Form die letzteren auch haben mögen, Gebäude, Schiffe, Maschinen, Tiere und Werkzeuge. Und man sehe, welchen Gebrauch sie davon machen. Jeder von ihnen nimmt zunächst eine Reserve für den Augenblicksbedarf vorweg und legt den verfügbaren Überschuß in irgend einem Unternehmen an.

Wenn das Unternehmen für mich nicht zum Gewinn, sondern zu Verlusten führt, wenn die Ohnmacht oder die Ungerechtigkeit des Gesetzes zu den gewöhnlichen Risiken noch neue außerordentliche Risiken hinzufügt, wenn das Ergebnis meiner Arbeit die Beute der Regierung oder von Räubern wird, wenn ich gezwungen werde, meine Genußmittel oder meine Waren für die Hälfte dessen zu verkaufen, was sie mir kosten, wenn ich nur unter Verzicht auf allen Vorteil und mit der Gewißheit, meine Vorauslagen nicht wieder zu erhalten, produzieren, einfahren, transportieren oder verkaufen kann, dann will ich nicht mehr unternehmen. Das sind die Stimmungen und das ist die Lage aller Besitzer von Vorschußmitteln zu einer Zeit des Sozialismus, wo der Staat, anstatt das Privateigentum zu schützen, es zerstört oder an sich reißt, gewaltsam Anleihen macht und gewaltsam Requisitionen ausübt, wo er für Lebensmittel und andere Waren eine Taxe vor-

schreibt, die niedriger ist als die Herstellungs- oder Ankaufskosten, wo er den Fabrikanten zwingt, mit Verlust zu fabrizieren, und den Kaufmann, mit Verlust zu verkaufen, wo die Grundsätze, die er durch seine Tat vertritt, dartun, daß er von der teilweisen Konfiskation zur allgemeinen Konfiskation fortzuschreiten gedenkt. Die Gefährdung, die Verstümmelung und die Unterdrückung des Eigentums vermindern immer mehr die verfügbaren Werte und den Mut, sie an ein Geschäft zu wagen, sie vernichten zu gleicher Zeit das Mittel und den Willen, Vorauslagen zu machen; in Ermanglung der Vorauslagen kranken die nützlichen Unternehmungen, gehen zu Grunde oder werden gar nicht angefangen. Infolgedessen wird die Erzeugung, die Heranschaffung und der Verkauf der unentbehrlichen Objekte verlangsamt, unterbrochen und stillgestellt. Beim Kolonialwarenhändler gibt es weniger Seife, weniger Zucker und Kerzen, beim Holzhändler gibt es weniger Scheite und weniger Kohlen, auf dem Fleischmarkt weniger Ochsen und Hammel, beim Metzger weniger Fleisch, und in den Hallen weniger Korn und Mehl, beim Bäcker weniger Brot. Wie die ersten Bedürfnisse selten werden, werden sie auch teurer; da man sich um sie reißt, erhöht sich die Überteuerung, der Reiche ruiniert sich, um sie zu bekommen, der Arme bekommt sie überhaupt nicht mehr, und dem täglichen Bedürfnisse fehlt das Nötigste."

„Der Bauer denkt nicht daran, seine Ware hinzubringen, und er hat durchschlagende Gründe, um sich dessen zu enthalten. Auf den Straßen und am Eingang der Städte werden die vollen Karren von Vagabunden und hungrigen Leuten angehalten und geplündert. Auf dem Markt und auf dem öffentlichen Platz schneiden die Frauen mit Scheren die Säcke auf, oder die vom Volk gezwungene Stadtverwaltung taxiert die Kornfrüchte zu erniedrigten Preisen. Je größer eine Stadt ist, desto mehr Mühe hat sie, ihren Markt zu füllen; denn aus größerer Entfernung muß sie ihre Lebensmittel beziehen. Jedes Departement, jeder Kanton hält seine Kornfrüchte für sich zurück, teils durch Requisition in gesetzlicher Form, teils mit brutaler Gewalt. Den Großkaufleuten ist es unmöglich, ihr Geschäft zu betreiben, man nennt sie „Hamster", „Lebensmittelwucherer", „Aufkäufer", der Pöbel stürmt ihre Magazine und hängt sie mit Vorliebe. Die Regierung hat ja auch öffentlich ausgesprochen, daß ihre Spekulationen „Verbrechen" sind, sie wird ihren Handel untersagen und sich an ihre Stelle setzen. Aber durch diese Substitution wird die Not noch größer. Die Städte mögen Sammlungen veranstalten, ihre reichen Leute brandschatzen, Anleihen abschließen und sich weit über ihre Hilfsmittel hinaus belasten, sie machen das Übel nur schlimmer. Indem die Munizipalität von Paris täglich 12.000 Francs ausgibt, um das Mehl in ihren Hallen billig zu verkaufen, vertreibt sie die Mehlhändler, die ihr Mehl nicht zu so niedrigen Preisen liefern können. Es gibt in den Hallen nicht mehr Mehl genug für die 600.000 Mäuler von Paris."

„Nach der Idee der Jakobiner ist der scharfe, mächtige und

tiefe Instinkt, vermöge dessen das Individuum seinen Besitz und seine Erzeugnisse hartnäckig für sich erhalten will, gerade der ungesunde Nerv, den man um jeden Preis töten oder lähmen muß; sein wahrer Name ist Egoismus, „Inzivismus", Gewinninteresse, Wuchergeist, unsoziale Gesinnung, und seine Wirkung läuft auf Attentate gegen das Gemeinwesen hinaus, welches letztere der einzige legitime Eigentümer der Güter und der Arbeitsprodukte, ja der Person und der Arbeitsleistungen selbst ist. Leib und Seele, alles gehört dem Staat, nichts den Privaten, und im Notfall hat der Staat das Recht, nicht bloß Ländereien und Kapitalien an sich zu nehmen, sondern Körnerfrüchte und Vieh, Karren und Zugtiere, Kerzen und Rohzucker zu einem Preise zu taxieren, der ihm paßt, und ebenso die Arbeit des Schusters, des Schneiders, des Kärrners, des Tagelöhners, des Erntearbeiters und des Dreschers zu taxieren und für sich in Anspruch zu nehmen. . . . Alles in Beschlag zu nehmen ist sein Amt."

„Man verbietet den Landwirten, anderswo als auf dem Markte zu verkaufen. Jeder von ihnen soll gezwungen sein, einen bestimmten Anteil, so und so viel Sack per Woche, auf die Märkte zu bringen. Es werden militärische Streifzüge veranstaltet, um sie zur Lieferung ihres Anteiles zu nötigen. Buissart schreibt an seinen Freund Maximilian Robespierre die charakteristischen Zeilen: ‚Mitten im Überfluß sterben wir vor Hunger; ich glaube, man muß die kaufmännische Aristokratie umbringen, wie man die des Adels und der Geistlichkeit umgebracht hat. Die Gemeinden müssen allein zum Handel zugelassen werden auf Grund der Bestände von Lebensmitteln und Waren. Wenn dieser Gedanke gut entwickelt wird, läßt er sich ausführen, dann würde der ganze Vorteil vom Handel der Republik, d. h. dem Käufer und dem Verkäufer, zufallen.' Die Kramladenbesitzer erhalten den Befehl, die zum Leben erforderlichen Waren und Genußmittel, welche in ihrem Besitz sind, täglich und öffentlich zu verkaufen, ein Höchstpreis wird festgesetzt, über den hinaus die folgenden Gegenstände nicht verkauft werden dürfen: Brot, Mehl und Korn, Gemüse und Früchte, Wein, Essig, Apfelwein, Bier und Branntwein, frisches und gesalzenes Fleisch, Speck, Vieh, getrocknete, gesalzene, geräucherte oder marinierte Fische, Butter, Honig, Zucker und Speiseöl, Brennöl, Kerzen, Brennholz, Holzkohle und Steinkohle; Salz, Seife, Soda und Pottasche, Leder, Eisenwaren, Stahl, Gußeisen, Blei und Kupfer, Hanf, Flachs, Wollwaren, Leinenwaren und Stoffe, Holzschuhe, Schuhe und Tabak; wer mehr als das für seinen eigenen Bedarf Erforderliche für sich behält, begeht das Verbrechen des Lebensmittelwuchers und wird mit Todesstrafe bedroht; enorme Strafen, Gefängnis, Pranger treffen den, der zu höheren als zu den festgesetzten Preisen verkauft."

„Parallel dazu weigert sich der Bauer nach der Proklamation der Höchstpreise, seine Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, und das Heer der Revolution ist nicht überall zur Stelle, um sie ihm mit Gewalt abzunehmen. Er läßt seine Ernte so lange wie möglich in den Garben und klagt, daß er keinen Drescher findet, nötigenfalls

gräbt er seine Körnerfrüchte ein oder füttert sein Vieh damit. Oft gibt er sie im Tauschhandel gegen Holz, gegen einen Schinken oder gegen eine Tagesarbeit hin. Bei Nacht macht er aber Meilen, um sie nach einem benachbarten Distrikt hinzuführen, wo der lokale Höchstpreis etwas besser steht. Er weiß, welche Privatleute in seiner Umgebung noch klingende Taler haben und verproviantiert sie unter der Hand. Vor allen Dingen verheimlicht er seinen Überfluß und spielt den Notleidenden wie früher. Er verständigt sich mit den Dorfbehörden, mit dem Bürgermeister oder den nationalen Agenten, die ebensoviel Interesse daran haben, das Gesetz zu umgehen, wie er selbst. Er schmiert da, wo es am Platze ist. Schließlich läßt er sich sogar verfolgen und ins Gefängnis stecken, durch seine Hartnäckigkeit ermüdet er die Bemühungen der Verwaltung, und so kommt von Woche zu Woche weniger Mehl, weniger Korn, weniger Vieh auf den Markt, und das Fleisch beim Metzger sowie das Brot beim Bäcker wird immer seltener."

„In Marseille fehlt seit der Einführung des Höchstpreises alles, sogar die Fischer fahren nicht mehr aufs Meer hinaus, und zum Unterhalt fehlt die Unterstützung durch die Fische."

„Man hört Leute sagen, daß sie ihr Korn lieber an das Vieh verfüttern, als es nach der vorgeschriebenen Taxe verkaufen. In Rouen gibt es pro Tag und Kopf ein viertel Pfund Brot, in Bordeaux schläft die Bevölkerung vor der Tür der Bäcker, um ein Stück schlechtes Brot zu erhalten, welches zum Teil aus Hafer und Bohnen besteht."

„Erschreckende Volksansammlungen bilden sich vor der Tür der Bäcker und Metzger und der Kaufleute, in den Hallen, auf dem Kai — darauf laufen alle Polizeiberichte hinaus, und das hält ohne Unterbrechung während der 14 Monate der Revolutionsregierung an. Man bildet Kette für Brot, Fleisch, Öl, Seife und Lichter, Milch, Butter, Holz, Kohle, überall. Sie bilden sich von 3 Uhr, von 1 Uhr morgens, von Mitternacht ab und wachsen von Stunde zu Stunde."

„An allen Stellen des gesellschaftlichen Organismus wird der gleiche Grundsatz mit derselben Wirkung angewendet. Setzt an die Stelle des inneren natürlichen und lebendigen Stachels überall den äußeren künstlichen Zwang, und es wird nichts anderes zu erlangen sein als die allgemeine Atrophie. Nehmt den Leuten ihre Produkte, besser noch, zwingt sie durch die Furcht zu produzieren, konfisziert ihre Zeit, ihre Mühe und ihre Person, so werdet ihr ein Mindestmaß von Arbeit und Erzeugnis erlangen, also ein Erzeugnis, welches nicht ausreicht, um eine sehr dichte Bevölkerung zu ernähren."

„Und nun sagen die Jakobiner: Wenn die Not so groß ist, so liegt es daran, daß die Dekrete gegen den Lebensmittelwucher und über den Verkauf und den Höchstpreis nicht buchstäblich ausgeführt werden. Der Egoismus der Bauern und die Profitgier des Kaufmannes werden nicht hinreichend durch die Furcht gezügelt. Die Delinquenten entgehen zu oft der gesetzlichen Strafe. Wir wollen also diese

Strafe in voller Strenge eintreten lassen, wir wollen sie verschärfen, wir wollen den Schraubstock der Zwangsmaschine noch schärfer anziehen. Eine neue und genaue Aufnahme der Lebensmittel wird vorgenommen. Man veranstaltet Haussuchungen, konfisziert die Privatvorräte, die für zu groß gehalten werden."

„Endlich wurden am 28. Juli 1794 die Jakobiner mit Grundsätzen, Robespierre, Saint-Just, Couthon usw., guillotiniert, und mit ihnen fällt der autoritäre Sozialismus, das Jakobinische Gebäude stürzt allmählich zusammen. In der Tat wird der Höchstpreis nicht aufrechterhalten; Ende Dezember 1794 schafft der Konvent ihn rechtlich ab. Die Landleute verkaufen nach ihrem eigenen Willen und zu zweierlei Preis, je nachdem man in Assignaten oder in bar Geld zahlt. Sie säen wieder, und sie werden wieder ernten. Der Beweis ist hinreichend geliefert, was aus der Arbeit wird, und wie wenig sie erzeugt, wenn sie durch staatliche Manöver, durch Verwaltungspuppen, durch humanitäre Automaten ausgeführt wird. Der Versuch wurde schon einmal im 11. Jahrhundert vor Christi in China gemacht, grundsätzlich, während langer Zeit und regelmäßig, von einem allmächtigen und gut ausgerüsteten Staat, dem die arbeitsamsten und nüchternsten Menschen der Welt zu Gebote standen, und diese Menschen waren zu Zehntausenden wie Fliegen gestorben. Wenn die Franzosen nach dem Ende des Jahres 1794 nicht wie die Fliegen gestorben sind, so liegt das daran, daß die Jakobinischen Regierungsgrundsätze noch eben rechtzeitig entspannt wurden."

„Der wirtschaftliche Sozialismus wäre eine ganz schöne Sache, wenn der Bauer nicht wäre, oder vielmehr, wenn der Bauer nicht sein müßte. Der Staats- und Gemeindesozialismus ist zum wesentlichen Teil ein Aberglaube der städtisch lebenden Menschen, der Konsumenten, hauptsächlich der industriellen Arbeiter, der kleinen fest besoldeten Beamten und der kleinen Rentiers. Sie bedenken nicht, wie das Brot und das Fleisch auf ihren Tisch kommt. Ihre Anschauung von der Herkunft des Brotes und Fleisches reicht meist nur bis zum Kleinhändler. Wird ein Lebensmittel teurer, so sind sie schnellstens überzeugt, daß der Wuchergeist des Kleinhändlers oder vielleicht des Großhändlers oder des Landwirtes daran schuld sei und liegen der Regierung in den Ohren mit dem Schrei nach Hilfe, nach Staatshilfe, nach kommunal wirtschaftlicher Verteilung, nach Sozialismus überhaupt.

Ganz anders der Bauer. Er steht sich selbst zu nahe, und kennt die Natur zu gut, als daß er auf die Dauer sozialistischen Theorien verfiele. Er ist und bleibt Individualist, er weiß zu gut aus Anschauung und Erfahrung, daß, seitdem der Mensch aus dem Paradiese vertrieben und verdammt ist, im Schweiße seines Angesichts sein Brot zu essen, die Erde sich das Höchstmaß der Ernte nicht abringen läßt ohne den Fleiß des einzelnen, ja ohne das Gewinninteresse des einzelnen. Zwar hat auch der Sozialismus sein Recht, auch die Einzelarbeit ist nichts ohne die gemeinschaftliche Arbeit aller, aber gerade in der Landwirtschaft, als der Grundlage der Existenz aller, liegt es klar

zu Tage, daß die Existenz aller begründet ist auf der Arbeit des einzelnen, dem Gewinninteresse des einzelnen, auf dem Wirken dessen, der als der erste der Natur gegenübersteht, des Bauern.

Auch der Kleinhandel ist durchaus unentbehrlich und ebensowenig wie der private Ackerbau durch die kommunale oder soziale Wirtschaft ersetzbar. Will sich die Gemeinwirtschaft an diejenige Stelle setzen, wo das Einzelinteresse stehen soll, so wird etwas Schädliches und auf die Dauer Unmögliches versucht. Letzten Endes ergibt sich daraus, wie Taines Darstellung deutlich zeigt, daß das Zwischenglied zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten außer Funktion gesetzt wird, es entsteht der Kampf zwischen Stadt und Land, zwischen dem Städter, der nicht mehr kaufen kann, und dem Bauern, der nicht mehr liefern will; dabei sind die Torheit und die öffentliche Gewalt auf seiten der Städter, die Natur aber und die endgültige Überlegenheit auf seiten der Bauern. Doch ist es nicht unbedingt sicher, daß den Bauern der Sieg zufallen muß. Führt der Sozialismus eine gute Finanzwirtschaft, so kann er sich aus dem Auslande versorgen, und das bedeutet dann den Untergang der Bauern."

Gesteigerte Kaufkraft der Massen und niedrige Preise.

Einerseits hat man die Kaufkraft großer Schichten, namentlich durch die Preis- und Lohnpolitik der Heeresverwaltung ins Ungeheure gesteigert, andrerseits die Preise der notwendigsten Bedarfsartikel künstlich niedrig gehalten. Wie die Kaufkraft der Bevölkerung gesteigert wurde, sieht man aus dem Banknotenumlauf. Derselbe hat in Friedenszeiten zirka 2 Milliarden betragen und ist jetzt während des Krieges auf 23 Milliarden gestiegen. Das Übel ist noch dadurch verstärkt worden, daß man sich nicht darauf beschränkt hat, nur für die allernotwendigsten Nahrungs- und Bedarfsartikel lächerlich niedrige Höchstpreise festzusetzen, sondern daß man in das Zwangssystem auch allmählich alle Luxusartikel einbezog. Man hat es dadurch denen, welche plötzlich in den Besitz von unverhältnismäßig viel Bargeld kamen, möglich gemacht, von den unentbehrlichen Bedarfsartikeln ein größeres Quantum zu kaufen, als zu ihrer Existenz unbedingt notwendig ist. Man hat es ihnen ferner ermöglicht, darüber hinaus alle möglichen Luxusartikel zu konsumieren und anzuschaffen, die eigentlich zu hohen Preisen von den Reichen hätten aufgenommen werden müssen. Wenn die Reichen gezwungen werden, ihren Bedarf durch Luxusartikel und zu mehr oder minder hohen Preisen zu decken, wird ihre Kaufkraft mit Bezug auf die notwendigsten Bedarfsartikel gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung, und zwar zum Vorteil der letzteren verringert. Es ist Unsinn, wenn man Ananaserdbeeren, Spargel, feine Weintrauben, Pfirsiche, feine Bäckereien usw., die auch im Frieden nur von den Reichen genossen werden konnten, im Kriege maximiert. Man lasse doch die Reichen ruhig ihr Geld für solche Dinge ausgeben. Mit dem Geld, das sie auf diese Weise los werden, können sie der übrigen Bevölkerung nichts mehr von den notwendigen Dingen wegkaufen.

Unmöglichkeit der Höchstpreise.

Um unter der Zwangswirtschaft die Produktion auf der Höhe zu halten oder gar zu steigern, ist es notwendig, den jeweilig höchsten Grenzpreis eines Artikels zum allgemeinen Höchstpreis zu machen. Grenzpreis heißt derjenige Preis, bei dem sich noch die Produktion unter den ungünstigsten Verhältnissen zu schwierigsten Bedingungen rentiert. Geht man mit den Höchstpreisen unter diesen Grenzpreis, so werden alle jene Produzenten, die nur zum Grenzpreis produzieren können, ausfallen, die Gesamtproduktion wird verringert. Da nun bei der Zwangswirtschaft die Verantwortung für die Preise von Beamten getragen werden muß, so ist es ganz ausgeschlossen, daß jemals für irgend einen Artikel Höchstpreise bestimmt werden, die auch nur annähernd den Grenzpreisen gleichkommen. Kein Beamter wird die Verantwortung dafür übernehmen, daß jene, welche unter günstigen Verhältnissen produzieren, Preise bewilligt erhalten, die einen hohen Gewinn sichern. Die Folge ist, wie wir gesehen haben, daß die amtlich festgesetzten Höchstpreise nicht nur unter, sondern tief unter den Grenzpreisen liegen und daher ein großer Teil der Produzenten ausgeschaltet wird.

Rationierung.

Rationierung hätte man einführen können zur Beruhigung der Bevölkerung, Rationierung des notwendigsten Bedarfes zu einem gewissen Preise. Der einzelne hat das Recht, um den staatlich fixierten Preis das zu seinem Lebensunterhalt Notwendige zu bekommen. Was er darüber hinaus haben will, muß er zum Marktpreis zahlen.

Die Aussicht auf Gewinn, der stärkste Antrieb zu wirtschaftlicher Tätigkeit.

Die Aussicht auf Gewinn, der Wunsch nach Macht und Einfluß sowie die Liebe zum Gelde sind die stärksten Antriebe zur wirtschaftlichen Tätigkeit. Diese Triebe müssen natürlich gezügelt werden, sollen sie nicht gemeinschädlich wirken. Kontrolliert und gezügelt können sie durch die Gesetzgebung werden nur bei übersichtlichen Verhältnissen, die jedermann Einblick in die Geschäftsgebarung ermöglichen und alle Käufer in die Lage versetzen, sich jederzeit auf einfache Weise ein Urteil über Angebot und Nachfrage, über Preise und Qualitäten zu bilden. Das Mittel für diesen Einblick, für die Übersicht, für die richtige Preisbildung ist lediglich der freie Markt, auf dem Millionen Verkäufer miteinander konkurrieren und durch Millionen Käufer beobachtet und kontrolliert werden. Schaltet man den freien Markt aus, so ist neben dem Antrieb zur höchsten Tätigkeit auch jede Kontrolle ausgeschaltet. Der bureaukratische Zwangsapparat kontrolliert nur scheinbar den Markt. Seine kontrollierende Tätigkeit besteht darin, die Preise aller Produkte so niedrig zu halten, daß er nicht in Konflikt mit der unzufriedenen hungernden Bevölkerung kommt. Damit wird aber das, was in Zeiten der Not das Wichtigste wäre, die Produktion allmählich ganz vernichtet.

Wie Zwangswirtschaft und freie Wirtschaft wirken.

Wie Zwangswirtschaft und freie Wirtschaft wirken, sei im folgenden praktisch illustriert:

Bei freier Wirtschaft hat jede Gegend ihre Müller, ihre Getreidehändler, jede Stadt, jeder Markt, jedes Bauerndorf hat seinen Bäcker. Der Müller trachtet, recht viel Getreide zu bekommen und zu vermahlen, sucht sich seine Wege und Verbindungen; der Bäcker trachtet, das Mehl zu bekommen, damit er backen kann, damit seine Leute Beschäftigung haben und er verdient. Der Getreidehändler wieder arbeitet den Müllern und den Bäckern ebenfalls im eigenen Interesse in die Hände, er trachtet möglichst viel Getreide vom Bauern zu kaufen, möglichst viel an Müller und Bäcker zu verkaufen; er trachtet, beim Bauern billig zu kaufen und das Getreide auf die billigste und sicherste Art an den Mann zu bringen, denn er will möglichst rasch seinen Gewinn realisieren. — Es ist klar, daß die Tausende und Abertausende Getreidehändler, Müller und Bäcker, durch ihr eigenes Interesse angetrieben, das denkbar Höchste leisten werden. Läßt einer nur einen Moment in seinen Bemühungen nach, begeht einer von ihnen Fehler oder Nachlässigkeiten, so wird er dafür durch Gewinnentgang oder gar durch empfindliche geschäftliche Verluste gestraft. Die Fähigkeiten aller dieser Leute für ihr Geschäžt sind durch die Übung und Erfahrung, die meisten von Kindheit her datiert, außerordentlich geschärft und erhöht.

Was sehen wir nun bei der Zwangswirtschaft? Die Tausende, mit der größten Erfahrung ausgestatteten, durch Aussicht auf Gewinn zu höchster Tätigkeit angespornten Individualitäten, die man als ebensoviele treibende Motore betrachten kann, sind ausgeschaltet. An deren Stelle stehen Beamte, die gar keine praktische Erfahrung, höchstens (und das auch nur in den seltensten Fällen) ganz schwaches, oberflächliches theoretisches Wissen mitbringen, die an der Ware gar nicht interessiert sind, denen es daher gleichgültig sein kann, ob diese Ware vom Produzenten zum Konsumenetn 20 Kilometer oder 200 Kilometer zu reisen hat, ob sie gut oder schlecht ankommt. Diese Beamten (und man kann es ihnen gar nicht verdenken) haben in ihrer Mehrzahl lediglich daran Interesse, ihr tägliches Arbeitspensum zu erledigen und möglichst wenig Verantwortung zu tragen. — In der freien Wirtschaft bildet das mit der Ware verknüpfte Vermögensinteresse des einzelnen den besten Schutz für dieselbe. Diese Verknüpfung von Vermögensinteresse und Ware entfällt bei der Zwangswirtschaft. Aber auch jedes andere Interesse für die Ware entfällt, denn es ist doch begreiflich, daß dem Durchschnittsbeamten, der die Gegenstände, mit denen er zu tun hat, in den meisten Fällen weder sieht noch kennt, der die Menschen nicht kennt, welche die Ware erzeugen und wieder jene, welche die Ware verarbeiten oder konsumieren, daß dem auch jedes Interesse für seine recht reizlose, nüchterne, auf die gewöhnlichsten, materiellsten Dinge gerichtete Tätigkeit fehlen muß; abgesehen davon, daß diese Tätigkeit ganz gleich honoriert wird, ob er nun viel leistet oder wenig, ob er seine Sache gut macht oder schlecht.

Steuerertrag und Zwangswirtschaft.

Wie die Finanzverwaltung durch die Zwangswirtschaft geschädigt wird, scheint heute an den maßgebenden Stellen noch nicht so recht bekannt zu sein. Die Zwangswirtschaft hat die steuerkräftigsten Elemente, nämlich den soliden Handel, teilweise oder gänzlich ausgeschaltet. An Stelle des legitimen, reellen Handels trat der Schleichhandel, der keine Steuern zahlt. Naturgemäß! Der Schleichhandel darf ja gar nicht irgend ein Einkommen fatieren, da er damit die Selbstanzeige gegen sich wegen Schleichhandel machen würde.

Der Schleichhandel.

Geh. Justizrat Prof. Dr. Conrad Bornhak schreibt:

„Der Schleichhandel ist eine immer machtvoller sich Geltung verschaffende wirtschaftliche Erscheinung, der gegenüber alle Strafandrohungen der Staatsgewalt sich als ohnmächtig erweisen. Da anerkanntermaßen niemand mit den auf Karten angewiesenen Lebensmitteln, die noch dazu häufig genug ausbleiben, oder mit den im freien Verkehr befindlichen zu Höchstpreisen auskommen kann, ist schließlich jeder genötigt, sich bei Gelegenheit hintenherum Lebensmittel zu beschaffen. Selbst von amtlichen Stellen muß anerkannt werden, daß der ehrliche Schleichhandel das Durchhalten der Bevölkerung ermöglicht oder erleichtert hat.

Die auf dem Schleichhandel stehenden Strafen bilden aber ein Risiko des Händlers, das er als Preiserhöhung auf die Ware schlägt. Als man mit dem groben Geschütz des Zuchthauses auf die Schleichhändler schießen wollte, freilich ohne zu treffen, gingen sofort die Preise weiter in die Höhe. Der hohe Gewinn lockt dann zu weiterer Beteiligung und führt dem Schleichhandel neue Kräfte zu. Da sich mit Strafen eine notwendige Erscheinung des Wirtschaftslebens nicht ausrotten läßt, ist die einzige Folge der Strafandrohung eine Verstärkung des Schleichhandels mit erhöhten Preisen. Die Käufer werden aber unnötig und zwecklos gegen die Staatsgewalt erbittert, wenn sie sich unentbehrliche Lebensmittel, die doch nun einmal da sind, unter Gefahren des Strafgesetzes beschaffen müssen oder wenn ihnen womöglich gar die teuer erkaufte Ware, ihr wohlerworbenes Eigentum, weggenommen wird.“



Nachträge

zur

Broschüre „Zwang oder Freiheit“

von

Julius Meinl.

Aushungerung der Armen durch die Reichen.

So sehr die Rationierung als Versicherung der Minderbemittelten gegen Mißernten, in erster Linie aber als Beruhigungsmittel zu empfehlen ist, so kann nach dem, was uns die Geschichte und die Wissenschaft der Volkswirtschaft lehrt, behauptet werden, daß in einem Lande wie Österreich, welches imstande ist, genug landwirtschaftliche Produkte zur Ernährung der gesamten Bevölkerung zu erzeugen, sogar die Rationierung im Kriege überflüssig wäre. Gegen diese Behauptung werden die meisten Leute einwenden, daß ohne Rationierung die Reichen in der Lage wären, den Armen alles wegzuessen; die Reichen haben das Geld, um die höchsten Preise zu zahlen. Sie treiben also die Preise in die Höhe. Der Arme muß verhungern, wenn diese über ein Niveau steigen, das er nicht mehr bezahlen kann. Jenen, die so denken, möge folgendes zur Aufklärung dienen:

Im Jahre 1913 hat es in Österreich 45.938 Menschen gegeben, die ein Einkommen über 12.000 K fatierten; samt ihren Familienmitgliedern waren es 133.132, das ist also von der Gesamtbevölkerung 0·46%, und zwar entfallen auf Einkommen zwischen 12.000 K und 20.000 K 0·25%, auf Einkommen zwischen 20.000 und 40.000 K 0·14%. — Nun muß man sich fragen: Kann ein Mensch, der heute ein Einkommen zwischen 12.000 und 20.000 K bezieht, jeden beliebigen Preis für die unbedingt notwendigen Bedarfsartikel zahlen? Heute müssen nicht nur die Leute zwischen 12.000 und 20.000 K Einkommen, sondern auch die zwischen 20.000 und 40.000 K sparen, um auszukommen, und die Leute mit 40.000 und 50.000 K Einkommen leben jetzt schlechter, als sie früher bei einem Einkommen von 12.000 K gelebt hätten. — Wenn sich nun auch die Vermögensverhältnisse seither verschoben haben, so kann man sagen, daß alle Leute bis zu einem Einkommen von 40.000 K sich jeden Heller genau ansehen müssen, insbesondere wenn sie eine Familie zu erhalten haben. Erst die Leute mit einem Einkommen von über 40.000 K (0·07%) sind in der Lage, höhere Preise, aber auch nicht *jeden* Preis zu zahlen.

Nehmen wir also schätzungsweise an, es wären dies heute nicht wie im Jahre 1913 0·07, sondern 0·20, also 2‰ der Bevölkerung und diese sogenannten Reichen hätten die Mittel, um für sich das Doppelte, das Dreifache, ja sogar das Fünffache dessen zu beziehen, was den anderen zusteht. Glaubt man nun, daß der Reiche, der ein bequemes Leben führt, wenig körperliche Bewegung macht und seinen Nahrungsbedarf vielfach auch durch Luxusartikel deckt, von den notwendigen Nahrungsmitteln außerdem noch fünfmal soviel wird verzehren können als der Arme, der gewöhnlich viel körperliche Bewegung machen muß und einen guten Appetit hat? Und wenn er fünfmal soviel verwüsten würde (was aber nicht anzunehmen ist), so wäre das immer nur 1% der der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehenden Lebensmittelmengen.

Wir müssen aber bedenken, daß heute infolge der Zwangswirtschaft und ihrer ganz verkehrten, weil künstlichen Preispolitik vielleicht 10% weniger erzeugt werden als in Friedenszeiten (da eben unter dem Drucke der beständigen Reglementierungen, Vexationen und Drangsalierungen der Anreiz zur Produktion fehlt), daß ferner ungefähr 20% der erzeugten Nahrungsmittel nicht vom Produzenten herauszubekommen sind (weil sie dieser nicht unter dem wirtschaftlich richtigen, also dem Marktpreis hergeben will), daß von den endlich und schließlich erfaßten Lebensmitteln ein großer Teil, weil dieselben auf unnatürliche, umständliche, ja widersinnige Weise vom Produzenten zum Konsumenten geschafft werden, zugrunde geht. Rechnen wir also 10% Produktionsrückgang, von dem Verbleibenden 20% Zurückhaltung bei den Produzenten und von den übrigbleibenden 72% rund 20% (was gering gerechnet ist) Verderbnis, so kommen wir auf 58% der Friedensproduktion, die dann tatsächlich der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das stimmt auch ungefähr mit dem, was laut Statistik heute erfaßt wird.

Bei freier Wirtschaft entfällt das Zurückhalten der Ware beim Produzenten, es entfällt die Verderbnis und im weiteren Verlaufe bei der nächsten Ernte der Rückgang der Produktion. Wir würden bei Einführung der freien Wirtschaft in einem Jahr zumindest wieder Friedensproduktion, wenn nicht eine bedeutend höhere haben. — Nehmen wir an, daß von dieser Friedensproduktion sich die 2‰ Leute, die nicht zu sparen brauchen, das Fünffache von dem sichern, was sie eigentlich zum Leben notwendig haben, so bleiben noch immer 99% der Produktion für die Leute übrig, die sparen müssen. Die Preise für diese 99% werden nicht in den Himmel steigen, das wäre gegen jede praktische Erfahrung, denn endlich und schließlich will auch der Bauer seine Produkte anbringen und verkauft sie tatsächlich, wenn man ihm nur einen entsprechenden Preis zahlt. Am freien Markt konkurrieren nicht nur die Käufer untereinander, sondern auch die Verkäufer. Die Idee, daß man eine Produktion von 60 Millionen Meterzentner Brotgetreide (soviel hat Österreich in Friedenszeiten durchschnittlich pro Jahr erzeugt) zurückhalten kann, um von den Konsumenten jeden beliebigen Preis herauszudrücken, ist eine wahnsinnige. Wir sehen ja, daß selbst beim Schleich-

handel, der mit dem größten Risiko verbunden ist (welches Risiko natürlich auch ordentlich bezahlt werden muß), sich schon ganz fixe Marktpreise herausgebildet haben. Jeder weiß, daß man heute (September 1918) Kartoffel um 4 bis 5 K erhält, soviel man will, und Mehl um 26 K ebenfalls soviel man will, wenn man es nur bezahlt.

Die Gefahr des Hamsterns.

Viele, die zwar einsehen, daß der kleine Prozentsatz von reichen Leuten, welche jeden Preis zahlen können, nicht imstande ist, der großen Masse der Bevölkerung alles wegzuessen, fürchten dennoch, daß die Lebensmittel durch das Hamstern der Wohlhabenden und der Reichen verschwinden werden. Dies ist eine unbegründete Befürchtung. Die hohen Kriegspreise ziehen auch dem Hamstern eine Grenze. Das aber, was die Leute einhamstern, das wird ja doch nicht auf einmal aufgegessen, im Gegenteil, man wird eben wegen der hohen Preise, wegen des hohen Wertes der Vorräte sehr sparsam mit denselben umgehen. Wenn auch heute viel gehamstert wird, so erleichtert eben dieses Hamstern die Märkte morgen und übermorgen.

Aber noch etwas ist hiebei zu bedenken: Vorratswirtschaft, wofür man im Krieg den Namen „Hamstern" einführte, ist ja gar nichts Unvernünftiges und Unrationelles, es wirkt auf Angebot und Nachfrage ausgleichend. Sinnloses und unvernünftiges Anschaffen von Vorräten — also Hamstern im eigentlichen schlechten Sinne des Wortes — ist aber nur die Folge einer gewissen Panik. Wenn das Volk in die Ernährungswirtschaft Mißtrauen setzt, wenn es befürchten muß oder sogar sicher weiß, daß wegen der unvernünftigen Wirtschaft in absehbarer Zeit Mangel, Not, ja Hungersnot eintreten werden, dann schafft es sich Vorräte um jeden Preis an, oft auch mehr als eigentlich benötigt wird. Ist aber die Wirtschaft im richtigen Geleise, wissen die Leute, daß trotz der hohen Preise, oder eben deswegen, die Ernährung für die Zukunft sichergestellt ist, dann fehlen die Gründe für das Hamstern und es unterbleibt.

Razzia nach Vorräten.

Eine weitere Illustration dazu, wie unbegründet die Furcht ist, daß der kleine Prozentsatz Wohlhabender der übrigen Bevölkerung eine nennenswerte Menge ihrer Lebensmittel wegessen könne, ist folgendes Beispiel:

Zu einer Zeit verbreitete sich unter der Bevölkerung das immer stürmischer werdende Verlangen, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, namentlich in den besseren Restaurants, und es wurden unglaubliche Dinge erzählt von den Vorräten, die dort aufgestapelt sein sollen. Auf das immer stärker werdende Drängen gewisser Kreise hin veranstaltete man in Wien mit dem Aufgebote großer Mittel plötzlich eine Razzia. Man nahm in sämtlichen Restaurants, Hotels, Kaffeehäusern, auch in

größeren Haushalten Hausdurchsuchungen vor, ging dabei mit allergrößter Strenge vor, so zwar, daß den Untersuchten zur Fortführung ihrer Wirtschaft für die nächsten Tage oft kaum etwas übrig blieb; und was fand man, was wurde mit Beschlag belegt? 10.000 Kilogramm Lebensmittel insgesamt; das ist die Nahrung für $^1/_4$% der Bevölkerung auf einen Tag. Nun muß man bedenken, daß von diesen Vorräten vielleicht $^1/_8$% der Bevölkerung versorgt wurde und daß dieselben nicht vielleicht die eintägige Nahrung für dieses $^1/_8$% vorstellen, sondern wahrscheinlich die Nahrung für drei, vier, fünf Tage (es hat sich ja eben um Vorräte gehandelt). Wenn man also die Sache genau untersucht, so kommt man darauf, daß das, was dieser kleine, besser situierte Teil der Bevölkerung mehr verzehrt als ihm zukommt, so geringfügig ist, daß man es in Prozenten überhaupt kaum ausdrücken kann.

Zwangswirtschaft und Bureaukratismus.

Die Zwangswirtschaft hat die natürliche Tendenz, fortwährend neue Ämter zu schaffen, wodurch das Heer der Beamten beständig anschwillt. Diese Entwicklung ist ganz natürlich. Man hat die Beamten dadurch, daß man ihnen die Regelung des wirtschaftlichen Lebens anvertraute, mit einer Verantwortung belastet, so ungeheuer, daß sie überhaupt gar nicht zu tragen ist. — Die natürliche Folge von alledem ist, daß man, wenn immer neue Schwierigkeiten auftreten, neue Beamte einstellt und neue Ämter schafft, und so die Verantwortung, der das bestehende Amt nicht gewachsen ist, anderen Schultern übertragen wird.

Jede Zentrale, jedes Amt bekommt eigene Räume, eine Direktion, einen Präsidenten und wird mit einer Menge von Beamten ausgestattet. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn wir demnächst lesen, daß eine Zentrale zur Unterdrückung des Schleichhandels, eine Zentrale zur genaueren Kontrolle des Rucksackverkehrs errichtet wurde, wenn wir vielleicht demnächst hören von der Bildung eines Ministeriums für alte und neue Stiefel u. dgl.

Jede neue Stelle und jeder neue Minister ergeht sich natürlich in neuen Verordnungen. Wieviele Verordnungen in Österreich unter dem kriegswirtschaftlichen Regime erlassen wurden, weiß ich nicht; in Deutschland waren es aber bis September 1918 38.000. Dazu schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“:

> „Nach vorheriger Prüfung der 38.000 Kriegsbestimmungen hätten 37.900 ruhig fortfallen können. Der beste Gedächtniskünstler der Erde könnte die Gegenstände dieser Bestimmungen weder behalten, noch diese Verordnungen ausführen. Zweifellos ist die Wurzel alles Übels der gegenwärtige Zustand der Überorganisation, die Ordnungswut, die allmählich eine grausige Unordnung geboren hat. Man wollte die Korruption bekämpfen und hat sie riesengroß werden lassen.“

Wie eine derartige Überorganisation mit ihren unzähligen Regierungsstellen, Zentralen, dem großen Heer der Beamten geeignet ist, den wirtschaftlichen Verkehr zu erleichtern, zeigt folgendes Beispiel:

In Friedenszeiten war der Import von Feigen nach Österreich ganz einfach; so und soviele Agenten wußten, welche Länder und welche Geschäftshäuser Feigen zu exportieren hatten, kannten die Leute, welche die Feigen brauchten und gingen mit ihren Offerten direkt zu den Südfrüchtenhändlern, Feigenkaffeefabrikanten u. dgl. Der inländische Händler oder Fabrikant konnte aus den Offerten je nach Qualität und Preis seine Wahl treffen. Jetzt unter dem Zwangssystem dürfen die Feigen nur durch die „Sieg" importiert werden, d. i. die „Südfrüchten-Import-Exportgesellschaft". Diese Gesellschaft aber darf beileibe nicht die Feigen an den abgeben, der sie braucht, sondern sie muß sie der „Özeg" überlassen, da die „Özeg" das Privilegium hat, alle Importe zu übernehmen. Die „Özeg" kann sie aber auch nicht direkt an den geben, der die Feigen verkaufen oder verarbeiten will, sondern darf sie, falls es sich um einen Feigenkaffeefabrikanten handelt, nur an die Genossenschaft der Kaffeesurrogateerzeuger liefern, und erst diese Stelle übergibt die Ware an den Fabrikanten.

Dies ist der staatlich konzessionierte Kettenhandel. Jedes der einzelnen Glieder berechnet natürlich für sich Spesen, um den eigenen Beamtenapparat zu bezahlen. Damit würde man sich noch abfinden, aber nicht so leicht mit der Schwerfälligkeit der ganzen Gebarung.

Würden derartige Methoden für die Übergangswirtschaft beibehalten werden, so ist an einen Wiederaufbau überhaupt nicht zu denken.

Zwangswirtschaft und Trustherrschaft.

Die Zwangswirtschaft, wie sie jetzt besteht und nach den Plänen gewisser Kreise weiter ausgebaut werden soll, stellt eine direkt gegen den demokratischen Gedanken gerichtete Maßnahme dar. Sie kollidiert daher auch mit den Interessen der Sozialdemokratie, ja richtet sich gegen dieselbe.

Sie bildet die Vorbereitung und den Übergang zu Syndikaten und Trusts. Viele der Vertreter der Zwangswirtschaft, welche heute die maßgebenden Stellen in den Zentralen besetzt halten, sind sich über diese Entwicklung vollkommen klar; sie verteidigen aber die öffentliche Bewirtschaftung und treten für den weiteren Ausbau derselben in *ihrem eigenen persönlichen Interesse* ein; sie denken nämlich daran, später die wichtigste Rolle in den Syndikaten zu spielen.

Syndikate und Trusts bedeuten die unumschränkte Herrschaft des Großkapitals. Die Syndikat- und Trustwirtschaft war in Amerika zur höchsten Entwicklung gebracht und hat dort die bedauerlichsten Folgen gezeitigt, Folgen, die eigentlich ganz ähnlich denjenigen sind, welche der von der Sozialdemokratie bekämpfte Militarismus in Verbindung mit dem Großkapital nach sich zieht. — Der jetzige Präsident Wilson war einer der Hauptbekämpfer dieser Syndikat- und Trustwirtschaft, respektive der brutalen Herrschaft des Großkapitals; er hat diesen Kampf zu seinem politischen Programm gemacht.

Übergangswirtschaft.

Der Hamburger Ausschuß für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft erklärte unter dem Vorsitz des Generaldirektors Ballin unter anderem auch folgendes:

„Der Ausschuß warnt den deutschen Kaufmann davor, die Zeit des Wartens, welche der Krieg ihm auferlegt hat, dazu zu benutzen, sich in matter Resignation den Plänen zu überlassen, welche aus dem Geiste der geschlossenen Binnenwirtschaft sowie des Obrigkeits- und Beamtenstaates quellen. Der Ausschuß fordert den Kaufmann vielmehr auf, sich auf die Wurzeln seiner Kraft zu besinnen: auf die schöpferische Freiheit des Handelns, mit welcher die wache Energie des einzelnen sich dem täglichen Wandel der Dinge anpaßt, während der Beamte sich hiebei im Labyrinth der Kompetenzen in eine durch Förmlichkeiten verhüllte Entschlußunfähigkeit versetzt sieht. Solche Warnung ist umso berechtigter, als es auf dem einmal eingeschlagenen falschen Wege eine Umkehr überhaupt nicht mehr gibt. Die geknebelte Volkswirtschaft würde, selbst wenn späte Einsicht ihr die Freiheit wiedergeben sollte, sich von ihrem Platz im internationalen Wettbewerb hoffnungslos verdrängt finden.

Der Ausschuß erhebt in aller Entschiedenheit seine Stimme dagegen, daß dem Bundesrat ein neues Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen der sogenannten Übergangswirtschaft bewilligt werde. Jedes gesetzgeberische Eingreifen in das Wirtschaftsleben, welches nach Lage der heute noch nicht zu übersehenden Verhältnisse notwendig werden sollte, muß unter Mitwirkung des deutschen Reichstages unter sorgfältiger Prüfung durch Sachverständige erfolgen, damit nicht zum Schaden der Volkswirtschaft schließlich die sich überstürzenden Bundesratsverordnungen der einzige Rohstoff bleiben, an welchem kein Mangel besteht.“

Unmöglichkeit der zwangsmäßigen Erfassung.

Man macht der österreichischen Beamtenschaft den Vorwurf, sie sei nicht schneidig genug, daher das Versagen unserer Kriegswirtschaft; man müsse strenger kontrollieren und schärfer erfassen.

Wenn nun eine Beamtenschaft schneidig, streng und scharf vorzugehen gewohnt ist, so ist es die preußische. Wie sieht es dort mit dem Erfassen aus?

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes v. Waldow hat in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen festgestellt, daß in einem Vierteljahr, vom 1. März bis 1. Juni 1918, sich im Vergleich mit den angemeldeten Schlachtungen eine Fehlmenge von 334.000 Rindern ergibt, deren Verbleib nicht klargestellt ist. Die Zahl der Schafe, die vom 1. April 1917 bis 30. August 1918 vorschriftswidrig geschlachtet worden sind, veranschlagt er auf 1·3 Millionen. Weiter sind ungezählte, nicht festzustellende Schweine und Kälber heimlich durch Tod abgegangen.

— Wird ein Rind mit einem durchschnittlichen Schlachtgewicht von 400 Pfund angesetzt, so ergibt das einen Betrag von reichlich 133 Millionen Pfund Fleisch. Ein Schaf wird auf zirka 50 Pfund taxiert, das macht für die Vierteljahrszahl von 325.000 Schafen über 16 Millionen Pfund. Das Schweineergebnis dürfte höher, das der Kälber niedriger anzusetzen sein; nimmt man es der Einfachheit halber gleich dem der Schafe an, so entfallen für diese Tiere abermals reichlich 32 Millionen Pfund. Zusammengerechnet erhält man insgesamt 170 Millionen Pfund Fleisch für ein Vierteljahr, das sich der öffentlichen Verteilung entzog.

Also trotz strenger preußischer Kontrolle, trotz (im Verhältnis zu Österreich) schärfster Erfassung verschwinden Rinder, Schafe und Schweine! Nun kann es doch nicht leicht sein, Schafe oder Rinder zu verbergen oder gar wegzuschaffen, ohne daß dies jemand merkt, insbesondere in einem so dicht bevölkerten und mit Beamten aller Art reichlich dotierten Land wie Preußen. — Um wieviel leichter wird man dann die kleinen, leicht beweglichen Dinge wie Kartoffel und Getreidekörner entweder zurückhalten oder in andere Kanäle rinnen lassen können als in die der Zwangswirtschaft! Was muß also erst an Getreide, Kartoffeln, Obst usw. in Deutschland der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen worden sein? Und angesichts solcher Tatsachen (von denen die irregeleitete Menge allerdings so gut wie gar keine Kenntnis besitzt), klagt man unsere Beamtenschaft an, macht sie und die bösen Schleichhändler für alle Not verantwortlich und ruft nach preußischer Schneidigkeit, Disziplin und Strenge! Wir alle haben in diesem Kriege gesehen, wohin man mit der Schneidigkeit, mit der Strenge, mit der Gewalt kommt; wollen wir unsere zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen, so ist es höchste Zeit, sich auf andere Methoden zu besinnen.

Zwangswirtschaft und politische Freiheit.

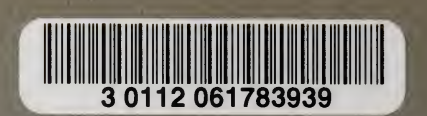
Die Erlösung aus der Zwangswirtschaft ist nicht nur deswegen unerläßlich, damit wir uns möglichst bald wieder normal ernähren und nach dem Kriege die Wirtschaft wieder neu aufbauen können, sondern sie ist aus rein politischen Gründen unbedingt notwendig. Es ist nämlich ausgeschlossen, daß Zwangswirtschaft und politische Freiheit nebeneinander bestehen können. Man kann ruhig behaupten, daß die politische Freiheit aus der wirtschaftlichen Freiheit heraus geboren wird, daß die Mentalität eines Volkes, das Zwangswirtschaft betreibt, durch Festlegungen und Hemmungen auf allen Gebieten mit einem bureaukratischen Apparat, der überall willkürlich eingreift, auch jede politische Freiheit unmöglich macht.

Glaubt jemand, daß die Hunderttausende von Kaufleuten, Fabrikanten, dann aber auch die von ihnen abhängigen Beamten und Arbeiter freie Männer sein und bleiben können, wenn die Zwangswirtschaft erhalten bleibt, wenn jeder einzelne von ihnen nicht nach bestem Wissen und Gewissen handeln darf, sondern wegen jeder Kleinigkeit bei irgend einem Beamten erst nachfragen muß, wenn die Freiheit des wirtschaft-

lichen Handelns selbst in Bezug auf Haushaltungs- und Familienangelegenheiten von der Gnade unzähliger Beamten abhängt? Kriecherei, Korruption, Rückständigkeit auf allen Gebieten würden die Folge solcher Verhältnisse sein.

Man kann ruhig behaupten, daß die politische Freiheit aus der wirtschaftlichen Freiheit heraus geboren wird, daß der Geist der Zwangswirtschaft mit seinen Festlegungen und Hemmungen auf allen Gebieten, mit seinem bureaukratischen Apparat, der überall willkürlich eingreift, jede politische Freiheit unmöglich macht.





Buchdruckerei der Manzschen
k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-
Buchhandlung in Wien.